

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Finanzwirtschaft

Die weltweite Konjunkturfurche, eine Folge des zweiten Erdölschocks von 1979/80, konnte, bedingt durch die enge Verflechtung der hochentwickelten Volkswirtschaften, auch an der österreichischen und der Wiener Wirtschaft nicht spurlos vorübergehen. Sowohl für Österreich als auch für die Bundeshauptstadt Wien liegen die Schätzungen hinsichtlich des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 1981 bei einem Nullwachstum, während für die europäischen OECD-Staaten sowie für die EG-Staaten im Durchschnitt mit einem Rückgang um 0,5 bzw. 1,0 Prozent gerechnet wird. Bei einem Vergleich der Verbraucherpreise und der Arbeitslosenraten wird gleichfalls deutlich, daß es der österreichischen Wirtschaftspolitik gelungen ist, die Folgen der internationalen Krise weitestgehend fernzuhalten. Während die Verbraucherpreise im Jahre 1981 beispielsweise in den USA um 11,0 Prozent, in Frankreich um 13,5, in Großbritannien um 11,5, in Italien um 19,5 und in Schweden um 13,0 Prozent anstiegen, betrug die Teuerungsrate in Österreich durchschnittlich 6,8 Prozent. Geringere Teuerungsraten weisen nur die Schweiz mit 6,5 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland mit 6,0 und Japan mit 5,5 Prozent auf. Die Zahl der Beschäftigungslosen stieg in Österreich von 1,9 im Jahre 1980 lediglich auf 2,3 Prozent im Jahre 1981 an, während die Arbeitslosenraten in den europäischen OECD- und den EG-Staaten durchschnittlich 7,6 Prozent betragen, wobei die Bundesrepublik Deutschland mit einer Arbeitslosenrate von 5,0 Prozent derzeit den höchsten Beschäftigtenstand aller EG-Staaten aufzuweisen hatte.

Während, wie bereits erwähnt, die Arbeitslosenrate in Österreich bei 2,3 Prozent lag, war sie in Wien mit 2,0 Prozent noch unter dieser Rate, womit das Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik, nämlich die Volibeschäftigung zu erhalten, erreicht werden konnte. Ausschlaggebend hierfür war nicht zuletzt die Fortsetzung der großen Investitionsvorhaben. Das Finanzierungserfordernis wurde 1981 wie in den vergangenen Jahren zum Teil durch Anleihe- und Kreditoperationen auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt bedeckt. So wurde Ende Mai 1981 eine 100-Millionen-sfrs-Anleihe mit einer Nominalverzinsung von 7 3/4 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren, davon fünf Jahre tilgungsfrei, begeben, die einen Erlös von 780,0 Millionen Schilling netto erbrachte.

Insgesamt beliefen sich die Fremdmittelaufnahmen 1981 auf 7.900,0 Millionen Schilling. Davon wurden 3.180,0 Millionen Schilling im Rahmen der Hoheitsverwaltung und 2.750,0 Millionen Schilling für Investitionsfinanzierungen im Bereich der Wiener Stadtwerke herangezogen. Rund 680,0 Millionen Schilling wurden für die Fortsetzung des städtischen Wohnhausbaues einschließlich Wohnungsverbesserungen verwendet. Darüber hinaus wurden noch Mittel aus der Wohnbauförderung von 960,0 Millionen Schilling sowie dem Wasserwirtschaftsfonds von 250,0 Millionen Schilling in Anspruch genommen. Den Rest bilden Darlehensaufnahmen bei der Österreichischen Kommunalkredit-AG von 80,0 Millionen Schilling.

Im Zusammenhang mit der Gewährung von Darlehen im Rahmen der Wohnungsverbesserung sowie der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke hat die Stadt Wien im Jahre 1981 in rund 9.100 Fällen die Bürgerschaft hinsichtlich eines Gesamtbetrages von 510,0 Millionen Schilling übernommen.

Die der Wiener Exportförderungs-ges. mbH zur Refinanzierung ihrer Exportförderungskredite an kleine und mittlere Betriebe der Industrie, des Handels und Gewerbes in Wien von der Stadt Wien zur Verfügung gestellte zinsbegünstigte Einlage wurde im Hinblick auf die rege Inanspruchnahme seitens der Wiener Wirtschaft um weitere 50,0 Millionen Schilling auf ein Volumen von nunmehr 200,0 Millionen Schilling aufgestockt.

Im Jahre 1981 hat die Stadt Wien wieder für die seit Jahren gemeinsam mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien durchgeführte Kreditaktion zur Förderung von Wiener Klein- und Mittelbetrieben einen Betrag von 4,0 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Beachtlichen Anklang fanden wiederum die diversen Kreditaktionen der Stadt Wien, so z. B. die Aktion zur Förderung von Investitionen für betriebliche Infrastruktureinrichtungen in Wiener Beherbergungsbetrieben (Hotelmodernisierungsaktion) mit 67 positiv erledigten Anträgen und einer Zuschußsumme von 7,2 Millionen Schilling, ferner die Wiener Kleinbetriebszuschußaktion für Neugründungen und Modernisierungen (KBZ-Aktion) mit 259 Fällen und Zuschüssen von mehr als 5,0 Millionen Schilling, die Wiener Strukturverbesserungsaktion (SVA-Aktion) mit 29 Fällen und 65,0 Millionen Schilling oder die Förderungsaktion für wassersparende Investitionen mit 11 Erledigungen bei Zuschüssen von 1,3 Millionen Schilling.

Um die durch die orkanartigen Stürme Anfang Jänner 1981 eingetretenen Schäden vor allem bei Folientunnels und Kunststoffgewächshäusern leichter beheben zu können, wurden von der Stadt Wien einerseits im Interesse der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Wiener Gartenbaubetriebe, andererseits im Interesse der Sicherstellung der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit preiswürdigem und hochwertigem Frischgemüse an insgesamt 147 geschädigte Gartenbaubetriebe Zuschüsse von zusammen rund 850.000 S zur Verfügung gestellt.

Um die bestehende Wettbewerbsverzerrung in der inländischen Gartenbauproduktion, die durch die Preisbil-

dung bei Produkten der kostengünstiger produzierenden westeuropäischen Gartenbaubetriebe und durch die im Zuge der Ostliberalisierung ins Land kommenden Ostimporte entstanden ist, teilweise auszugleichen, hat sich die Stadt Wien an der Förderungsaktion des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für beheizte Gewächshausflächen mit einem Betrag von mehr als 2,7 Millionen Schilling beteiligt.

Um ein direkteres und besseres Durchgriffsrecht der Eigentümer auf die Handlungen des Vorstandes zu ermöglichen, wurde im April 1981 die Allgemeine Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs-Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Dabei wurde auch das Management ausgetauscht und Rechnungshofpräsident a. D. Dr. *Kandutsch* zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates sowie Leiter der begleitenden Kontrolle ernannt.

Stadthaushalt

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1981, der im Sinne der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vom 15. Juli 1975, BGBl. Nr. 493 in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, nach funktionellen Gesichtspunkten erstellt worden ist, wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 9. bis 12. Dezember 1980 genehmigt. Es wurde davon ausgegangen, daß auf Grund der weiterhin günstigen Entwicklung der österreichischen, insbesondere der Wiener Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von etwa 7,0 Prozent zu rechnen wäre. Mit Bedachtnahme auf diese Prognosen und bei Berücksichtigung des voraussichtlichen Ergebnisses für 1980 wurde bei der größten Einnahmepost des vorliegenden Voranschlags, des Ertragsanteiles an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, mit Einnahmen in Höhe von 15.340,0 Millionen Schilling gerechnet; das ist um 1.450,0 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Die eigenen Steuern und Abgaben wurden um 381,5 Millionen Schilling höher angenommen, wovon 5.617,6 Millionen Schilling auf Landes- und Gemeindeabgaben, 901,1 Millionen Schilling auf die Wassergebühren, 318,1 auf die Abwasserbeseitigungsgebühren und 567,4 Millionen Schilling auf die Müllabfuhrabgabe entfallen.

Auf der Ausgabenseite lagen die Schwerpunkte weiterhin beim öffentlichen Nahverkehr, beim Gesundheitswesen und beim Wohnhausbau, wofür insgesamt 12,9 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt wurden. Davon entfallen auf den Nahverkehr einschließlich U-Bahn-Bau 8,6 Milliarden Schilling, auf die Investitionen bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten 1,7 Milliarden Schilling, davon 1.250,0 Millionen Schilling für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und 114,5 Millionen Schilling für das Sozialmedizinische Zentrum Ost, sowie auf den Wohnhausbau 2,6 Milliarden Schilling.

Maßgebend für die Erstellung des Voranschlags waren weiterhin die Bestimmungen des § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien sowie die einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung, wobei letztere hinsichtlich der Erstellung des Voranschlags mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Mai 1979, Zl. MD-1083-1/79, der VRV angepaßt worden war. Die Unternehmungen der Stadt Wien stellten eigene Wirtschaftspläne auf, die dem Gemeinderat gesondert zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Bei den Gesamteinnahmen wurde gegenüber dem Voranschlag 1980 mit einer Steigerung um 7,3 Prozent auf 53.768,728.000 S, bei den Gesamtausgaben mit einer solchen um 10,7 Prozent auf 58.408,858.000 S gerechnet. Aus der Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben ergab sich ein Gebarungsbilanz von 4.640,130.000 S, das waren 7,9 Prozent der Gesamtausgaben gegenüber 5,1 im Vorjahr. Dieser Abgang war durch Mehreinnahmen und Minderausgaben bzw. durch Kreditoperationen zu finanzieren. Unter Berücksichtigung der Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe in Höhe von 1.775,5 Millionen Schilling verminderte sich der Abgang auf 2.864,7 Millionen Schilling, das sind 4,9 Prozent der Gesamtausgaben.

Nachstehende Übersicht zeigt die Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen funktionellen Gruppen:

	Einnahmen in Millionen Schilling	Ausgaben in Millionen Schilling
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	864,4	4.330,7
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	40,5	666,5
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.576,3	5.895,2
3 Kunst, Kultur und Kultus	14,6	689,6
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	5.300,6	8.740,7
5 Gesundheit	5.123,6	9.397,1
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	1.234,2	4.274,7
7 Wirtschaftsförderung	97,2	1.529,5
8 Dienstleistungen	14.047,6	19.448,9
9 Finanzwirtschaft	23.469,7	3.436,0

In nachstehender Tabelle sind die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen dargestellt:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigene Steuern und Abgaben	7.423,2	13,8
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	15.314,0	28,5
Einnahmen aus Leistungen	8.722,8	16,2
Einnahmen Wohnbauförderung 1968	4.116,1	7,7
Eigene Fremdmittelaufnahmen	2.524,8	4,7
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	2.247,0	4,2
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	1.838,2	3,4
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	3.009,3	5,6
Sonstige Einnahmen	8.573,3	15,9
	53.768,7	100,0

Der prozentuelle Anteil der eigenen Steuern und Abgaben sank um 0,2 auf 13,8 Prozent, wobei mit Mehreinnahmen von 381,5 Millionen Schilling gerechnet wurde. Mehreinnahmen wurden insbesondere bei den Landes- und Gemeindeabgaben sowie bei der Abwasserbeseitigungsgebühr und der Müllabfuhrabgabe erwartet. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sollten einen Mehrertrag von 1.450,0 Millionen Schilling erbringen, wobei sich der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen um 0,8 auf 28,5 Prozent erhöhte. Insbesondere durch höhere Rückersätze für den Lehrpersonalaufwand und durch die Erhöhung der Gebührensätze bei den Wohlfahrts- und Krankenanstalten stieg der Anteil der Einnahmen aus Leistungen gegenüber dem Vorjahr von 15,3 auf 16,2 Prozent, wobei eine nominelle Steigerung von 1.061,8 Millionen Schilling erwartet wurde. Die Einnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 stiegen anteilmäßig um 0,8 auf 7,7 Prozent. Gerechnet wurde mit 3,6 Milliarden Schilling an Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und mit 556,7 Millionen Schilling an Rückflüssen, Erträgen und sonstigen Einnahmen.

Die eigenen Fremdmittelaufnahmen stiegen anteilmäßig von 4,1 Prozent im Vorjahr auf 4,7 Prozent. Vorgehen war die Aufnahme von Hypothekendarlehen mit 999,2 Millionen Schilling gegenüber 920,0 im Vorjahr, ferner von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Kanal- und Wasserbauten mit 357,5 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 22,9 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 993,3 Millionen Schilling (Vorjahr 764,9 Millionen Schilling), von Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit-AG mit 144,0 Millionen Schilling und von sonstigen Darlehen mit 7,9 Millionen Schilling. Die Fremdmittelaufnahmen für Dritte sanken durch einen niedrigeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke auf Grund der Maßnahmen zur Entschuldung der Verkehrsbetriebe anteilmäßig von 7,5 auf 4,2 Prozent, wobei mit der Aufnahme einer Investitionsanleihe in Höhe von 2.100,0 Millionen Schilling und von Darlehen in Höhe von 92,0 Millionen Schilling sowie von Darlehen für die Vorfinanzierung von Bundesschulbauten in Höhe von 55,0 Millionen Schilling gerechnet wurde.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung erhöhte sich anteilmäßig von 3,3 auf 3,4 Prozent und betrifft die Weitergabe der für andere Dienststellen aufgenommenen Darlehen, wie Hypothekendarlehen, Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bundesdarlehen für den Wohnbau, sowie die Beiträge anderer Verwaltungszweige zum Schuldendienst. Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst sanken anteilmäßig von 5,7 auf 5,6 Prozent, wobei die nominelle Steigerung 160,7 Millionen Schilling betrug. Von den Gesamtbeiträgen in Höhe von 3.009,3 Millionen Schilling entfielen allein 2.946,9 Millionen Schilling auf die Wiener Stadtwerke.

Bei den sonstigen Einnahmen ergab sich sowohl anteilmäßig als auch nominell ein Anstieg um 0,4 Prozent bzw. 797,4 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Mit Mehreinnahmen wurde insbesondere bei den Beiträgen der Wiener Stadtwerke zu deren Pensionslasten, bei den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, bei den Pensionsbeiträgen, bei der Umsatzsteuer-Gutschrift, beim Beitrag des Bundes zur Deckung des klinischen Mehraufwandes, beim Beitrag bzw. Zuschuß des Bundes zum U-Bahn-Bau sowie bei den Beiträgen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gerechnet.

In folgender Tabelle sind die Gesamtausgaben nach den wichtigsten Aufwandarten gegliedert:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Leistungen für das Personal	12.276,1	21,0
Pensionsaufwand	3.757,5	6,4
Instandhaltungsaufwand	2.152,3	3,7
Aufwendungen Wohnbauförderung 1968	4.457,8	7,6
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	2.247,0	3,9
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	1.838,2	3,2

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigener Schuldendienst	1.698,8	2,9
Schuldendienst für Dritte	3.034,1	5,2
Investitionen	9.284,6	15,9
Sonstige Ausgaben	17.662,5	30,2
Gesamtsumme	58.408,9	100,0

Die Leistungen für das Personal einschließlich des Pensionsaufwandes stiegen anteilmäßig um 0,6 auf 27,4 Prozent und nominell um 1.899,3 Millionen Schilling. Berücksichtigt wurden ein allgemeiner Vorrückungszuschlag von 2,0 Prozent sowie die Vermehrung der Dienstposten um 832, wovon 67 Posten auf Landeslehrer entfielen. Die Anzahl der Pensionisten wurde mit durchschnittlich 18.650 gegenüber 18.600 im Vorjahr angenommen.

Der Instandhaltungsaufwand stieg gegenüber 1980 nominell um 169,7 Millionen Schilling, sank jedoch prozentuell geringfügig um 0,1 auf 3,7 Prozent.

Der Anteil der Aufwendungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 betrug 7,6 Prozent, das sind um 0,3 Prozent bzw. 627,4 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln entfielen 3.560,0 Millionen Schilling auf die Leistungen des Bundes, 556,1 Millionen Schilling auf die Rückflüsse und Erträge und 341,6 Millionen Schilling auf die Leistungen des Landes Wien.

Die Weitergabe der für die Wiener Stadtwerke und für die Vorfinanzierung von Bundesschulbauten aufgenommenen Fremdmittel war mit 2.247,0 Millionen Schilling in gleicher Höhe wie bei den Einnahmen ausgewiesen. Auch die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung, also die Weiterverrechnung der für andere Verwaltungszweige aufgenommenen Darlehen bzw. die Beiträge anderer Dienststellen zum Schuldendienst, wurde analog zu den Einnahmen veranschlagt. Der Anteil des eigenen Schuldendienstes stieg um 0,4 auf 2,9 Prozent, wobei der nominelle Anstieg 362,6 Millionen Schilling betrug. Ein anteilmäßiger Rückgang um 0,2 Prozent war beim Schuldendienst für Dritte, der fast zur Gänze ersetzt wird, zu verzeichnen. Hingegen ergab sich eine nominelle Steigerung um 169,0 Millionen Schilling.

Ein starkes Ansteigen des Anteiles an den Gesamtausgaben mit nominell 3.207,3 Millionen Schilling bzw. 22,2 Prozent war beim sonstigen Sachaufwand zu verzeichnen. Der Anteil an den Gesamtausgaben stieg um 2,8 auf 30,2 Prozent. Verursacht wurde diese Steigerung vorwiegend durch die erstmals veranschlagte Abgangsddeckung für die Verkehrsbetriebe im Zuge der Entschuldungsmaßnahmen, ferner durch höhere Ansätze für Pensionslasten der Wiener Stadtwerke, für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge, ferner für Transferzahlungen im Rahmen der Sozialhilfe sowie für Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Hingegen wurden für Verstärkungsmittel lediglich 200,0 Millionen Schilling gegenüber 850,0 Millionen Schilling im Jahre 1980 veranschlagt.

Für Investitionen standen insgesamt 9.284,6 Millionen Schilling, um 518,2 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, zur Verfügung, wobei jedoch der prozentuelle Anteil um 0,7 auf 15,9 Prozent absank.

In der Aufwandgruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, standen 4.330,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon entfielen auf die Vertretung der Stadt 195,7 Millionen Schilling, auf die Leistungen für das Personal und den Sachaufwand der Hoheitsdienststellen 1.914,8 bzw. 243,7 Millionen Schilling, auf die Errichtung und Erhaltung der Amtsgebäude 113,7, auf Mietzinse für die Unterbringung städtischer Dienststellen in fremden Gebäuden 135,7, auf Subventionen sowie Beiträge an Verbände, Vereine und sonstige Organisationen 274,7, auf den Beitrag an den Bund für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien 309,8 und auf die Pensionen im Rahmen der Hoheitsverwaltung 666,6 Millionen Schilling.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wurde mit Gesamtausgaben von 666,6 Millionen Schilling gerechnet. 17,9 Millionen Schilling waren für das Veterinäramt und 644,1 Millionen Schilling für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz bestimmt. Von letzteren entfielen 558,0 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal einschließlich Pensionen, 7,3 Millionen Schilling auf die Erneuerungen der Nachrichtenanlagen, 6,0 Millionen Schilling auf den Ausbau der Zugwache Liesing und 26,7 Millionen Schilling auf Fahrzeuge.

5.895,2 Millionen Schilling, das sind 10,1 Prozent der Gesamtausgaben, waren für die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, vorgesehen. Der Aufwand der Schulen wurde mit 4.387,3 Millionen Schilling angenommen, wovon 2.718,5 Millionen Schilling auf die Leistungen für das Personal einschließlich Landeslehrer, 955,5 auf Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 232,1 auf den Instandhaltungsaufwand, 192,5 auf Investitionen und 288,8 Millionen Schilling auf sonstige Ausgaben entfielen. Die Gesamtzahl der Schüler verringerte sich um 4.086 auf 130.106, wobei bei den Volks-, Haupt- und Sonderschulen ein Rückgang, bei den Berufsschulen und beim Polytechnischen Lehrgang hingegen ein Anstieg zu verzeichnen war. Im Rahmen der Investitionen waren 110,0 Millionen Schilling für die Errichtung bzw. Fertigstellung von 15 allgemeinbildenden Pflichtschulen, 32,5 für Bauvorhaben bei den Berufsschulen und 37,1 Millio-

nen Schilling für Einrichtung und Lehrmittel bestimmt. Für Sportangelegenheiten wurden insgesamt 247,0 Millionen Schilling, und zwar 27,6 Millionen Schilling für das Sportamt, 68,4 für Sportplätze, 33,8 für Turn- und Sporthallen, 1,4 für Wintersportanlagen und 115,9 Millionen Schilling für die Sportförderung, bereitgestellt. Der Aufwand der Kindertagesheime stieg von 826,4 auf 929,8 Millionen Schilling, wobei die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze auf 31.217 in 1.170 Gruppen erhöht werden konnte. Für die Errichtung von weiteren Kindertagesheimen waren 35,7 Millionen Schilling bestimmt, davon je 5,0 Millionen Schilling für den Neubau des Kindertagesheimes in 2, Engerthstraße, und für die Generalrenovierung des Kindertagesheimes in 19, Heiligenstädter Straße. Überdies war im Rahmen des Wohnbaues die Errichtung von vier weiteren Kindertagesheimen vorgesehen. Ferner wurden 57,4 Millionen Schilling für die Volksbildung, 2,9 für Studienförderung, 25,3 für die Förderung von Forschung und Wissenschaft und 11,0 Millionen Schilling für die Förderung medizinisch-wissenschaftlicher Arbeiten zur Verfügung gestellt.

Für Kunst, Kultur und Kultus, Gruppe 3, wurden insgesamt 689,6 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar unter anderem 87,4 Millionen Schilling für die Musiklehranstalten, 58,5 für Musikpflege, 236,6 für die Förderung der darstellenden Kunst, 38,0 für die Wiener Festwochen und 40,6 Millionen Schilling für die Museen; weiters 57,1 Millionen Schilling für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, 72,3 für die kulturelle Jugendbetreuung sowie 13,3 Millionen Schilling für die Förderung aus dem Ertragnis des Kulturschillings.

In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, stiegen die Gesamtausgaben von 7.722,7 auf 8.740,7 Millionen Schilling, das sind 15,0 Prozent der Gesamtausgaben. Allein für die Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe mußten um 253,8 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1980, somit insgesamt 1.890,0 Millionen Schilling, bereitgestellt werden. Bestimmt waren unter anderem für die allgemeine Sozialhilfe 981,3 Millionen Schilling, für die Behindertenhilfe 202,5, für die Blindenbeihilfen 132,0, für die Pensionistenheime 104,0, für die Aktion „Essen auf Rädern“ 48,0 und für die Heimhilfe 330,0 Millionen Schilling. Vom Gesamtaufwand für die Pflegeheime in der Höhe von 1.037,1 Millionen Schilling entfielen 617,6 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal und 37,4 auf die Investitionen, davon 7,5 bzw. 3,7 Millionen Schilling auf die Adaptierung des Pavillons II und auf die Adaptierung des Pavillons „Vindobona“ im Pflegeheim Baumgarten sowie 5,0 Millionen Schilling auf die Adaptierung des Pavillons I und 4,4 Millionen Schilling für den Einbau eines Krankenbettenaufzuges im Pavillon XVI im Pflegeheim Lainz. Die Gesamtausgaben der Erziehungsheime wurden mit 417,1 Millionen Schilling gegenüber 391,0 Millionen Schilling im Jahre 1980 festgesetzt, wovon 224,9 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal, 74,2 auf Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 18,4 auf die Instandhaltung, 22,3 auf Investitionen und 77,3 Millionen Schilling auf den Sachaufwand entfielen. Mit einem Aufwand von 389,7 bzw. 42,5 Millionen Schilling wurden 4.711 Pflegekinder versorgt sowie rund 16.000 Kinder im Rahmen der Erholungsfürsorge betreut. Für die Wohnbausonderprogramme wurden 278,1 Millionen Schilling bereitgestellt, davon 241,1 Millionen Schilling für Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues und 12,0 für Wohnbeihilfen. Für Förderungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 standen die Leistungen des Bundes mit 3.560,0 Millionen Schilling, die Leistungen des Landes mit 341,6 Millionen Schilling sowie die Rückflüsse, Zinsenerträge aus Veranlagung und sonstige Einnahmen mit 556,1 Millionen Schilling, also insgesamt 4.457,7 Millionen Schilling, zur Verfügung. Von dieser Summe wurden 3.405,7 Millionen Schilling für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, 750,0 für Zuschüsse gemäß § 15 a WBFG 1968 und 285,0 Millionen Schilling für Wohnbeihilfen bereitgestellt. 17,0 Millionen Schilling entfielen auf Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsorgane und für die Inanspruchnahme von Bürgschaften. Im Rahmen der Förderung nach dem Wohnverbesserungsgesetz wurden Zuschüsse und Wohnbeihilfen in Höhe von 130,0 bzw. 6,1 Millionen Schilling präliminiert.

In der Gruppe 5, Gesundheit, wurde mit einem Aufwand von 9.397,1 Millionen Schilling gerechnet, das sind 16,1 Prozent der Gesamtausgaben. Für das Gesundheitsamt wurden 28,8 Millionen Schilling und für Untersuchungen, Subventionen und sonstige Aufwendungen im Rahmen des Umweltschutzes 21,5 Millionen Schilling bereitgestellt. Bei den Krankenanstalten standen den Gesamteinnahmen von 4.202,7 Millionen Schilling Ausgaben in Höhe von 9.176,7 Millionen Schilling gegenüber, so daß sich einschließlich der auf den eigenen Sozialhilfeträger entfallenden Pflegegebühren in Höhe von 365,0 Millionen Schilling ein Abgang von 5.339,0 Millionen Schilling errechnete. An Einnahmen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden 875,0 Millionen Schilling veranschlagt. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 9.176,7 Millionen Schilling entfielen 4.759,8 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 275,1 Millionen Schilling auf die Instandhaltung der Krankenanstalten, 1.739,3 Millionen Schilling auf Investitionen und 2.402,5 Millionen Schilling auf sonstige Ausgaben wie Arzneien, Lebensmittel u. dgl. Von den zahlreichen Investitionen sind insbesondere der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit 1.250,0 Millionen Schilling, der Zubau einer Strahlenbettenstation im Pavillon III des Krankenhauses Lainz mit 20,0 Millionen Schilling, die Einrichtung der Küche und des Pflegeheimes im Sozialmedizinischen Zentrum Ost mit 25,6 Millionen Schilling sowie der Neubau des Pflegeheimes und die Planung des Krankenhauses ebenfalls im

Sozialmedizinischen Zentrum Ost mit 70,0 bzw. 44,5 Millionen Schilling hervorzuheben. Der Beitrag des Landes Wien an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde mit 134,1 Millionen Schilling präliminiert.

Für die Gruppe 6, **Straßen- und Wasserbau, Verkehr**, standen insgesamt 4.274,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Ausgabenrahmen für den Straßenbau betrug 486,8 Millionen Schilling, wovon 125,4 auf die Instandhaltung von Straßenbauten und 285,4 Millionen Schilling auf Neu- bzw. Umbauten entfielen. An größeren Projekten waren der Umbau des Pratersterns mit 8,0 Millionen Schilling, der Umbau der Reinprechtsdorfer Straße von Nr. 4 bis Reinprechtsdorfer Brücke mit 6,0 Millionen Schilling, der Umbau der Laxenburger Straße—Favoritenstraße von Columbusplatz bis Südtiroler Platz mit 7,0 Millionen Schilling, der Bahnhofsvorplatz Hütteldorf mit 6,0 Millionen Schilling, Straßenbauten bei der U-Bahn-Endstelle in Kagran mit 7,0 Millionen Schilling und die Unterfahrung der Südbahn im Zuge der Atzgersdorfer Straße von Endemangasse bis Breitenfurter Straße mit 12,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner entfielen auf die Herstellung von Fußgängerzonen 14,6 Millionen Schilling, auf die Behebung von Frostschäden 30,0 Millionen Schilling, 20,0 Millionen Schilling auf Straßenbauten bei städtischen Wohnhausanlagen und auf Projektierungen 65,0 Millionen Schilling. Dem Straßenbau zuzurechnen wären noch Zinsenzuschüsse und Baukostenzuschüsse an den Bund im Rahmen von Vorfinanzierungen von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten mit 135,2 Millionen Schilling. Für den Brückenbau wurden insgesamt 240,7 Millionen Schilling bereitgestellt, davon 20,0 Millionen Schilling für den Neubau und Abbruch der alten Floridsdorfer Brücke, 35,8 Millionen Schilling für die Instandhaltung von Brückenbauten und 160,0 Millionen Schilling für Baukostenbeiträge an den Bund. Von letzteren entfielen auf die Reichsbrücke einschließlich U-Bahn und Abfahrtsrampe 90,7 Millionen Schilling, auf die Brigittenauer Brücke 40,0 Millionen Schilling, auf die Donauuferautobahn 17,4 Millionen Schilling. Der Beitrag des Landes Wien an den Wasserwirtschaftsfonds betrug 98,5 Millionen Schilling. Beim Wasserbau, dem ein Ausgabenrahmen von 76,2 Millionen Schilling zur Verfügung stand, erforderten die Instandhaltungsarbeiten 27,0 Millionen Schilling und die neuen Wasserbauten — insbesondere die Regulierung des Schwechat-Wildbaches im Unterlauf, für die allein 25,1 Millionen Schilling vorgesehen wurden — 45,0 Millionen Schilling. Der Gesamtaufwand für die Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes betrug 579,9 Millionen Schilling, wovon 95,0 Millionen Schilling auf das rechte Donauufer, 382,1 Millionen Schilling auf das linke Donauufer sowie 61,0 Millionen Schilling auf den linken Donausammelkanal mit Hochwasserpumpwerk und Stromversorgung entfielen. Für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten wurden 152,3 Millionen Schilling veranschlagt, davon 46,3 bzw. 91,6 Millionen Schilling für die Instandhaltung bzw. den Neubau von Verkehrslichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen u. dgl. Zur Verbesserung des Nahverkehrs wurden Kapitaltransferzahlungen an die Österreichischen Bundesbahnen mit 421,8 Millionen Schilling vorgesehen, insbesondere zum Ausbau der Flughafenschnellbahn und der Vorortelinie (Schienen-Verbund-Projekt). Für den weiteren U-Bahn-Bau standen 1.380,3 Millionen Schilling zur Verfügung, davon 684,8 Millionen Schilling für das Grundnetz Linie U 1, U 2 und U 4 sowie 547,3 Millionen Schilling für die Verlängerung der U 1 nach Kagran. Für den Ankauf von U-Bahn-Wagen wurden 541,7 Millionen Schilling, davon 226,8 Millionen Schilling für Triebwagen der Typen E 6 bzw. C 6 bereitgestellt.

Für die **Wirtschaftsförderung**, Gruppe 7, ergab sich ein wesentlicher Anstieg des Ausgabenrahmens von 673,0 auf 1.529,5 Millionen Schilling. 7,7 Millionen Schilling waren für fremdenverkehrsfördernde Kreditaktionen in den Wiener Beherbergungsbetrieben, 73,8 Millionen Schilling für Fremdenverkehrsförderung und 389,6 Millionen Schilling für wirtschaftspolitische Maßnahmen bestimmt. Von letzteren entfielen 277,1 Millionen Schilling auf die Aufschließung von Betriebsbaugebieten und 76,5 Millionen Schilling auf Baukostenzuschüsse zur Niveaufreimachung der Gutheil-Schoder-Gasse bzw. für Werkstraßen und die Fernwärmeversorgung im Aufschließungsgebiet des Flughafens Aspern. Für die Förderung der Wiener Wirtschaft wurden 1.044,4 Millionen Schilling bereitgestellt, davon unter anderem 54,0 Millionen Schilling für Darlehen zur Investitionsförderung, 60,0 Millionen Schilling für die Wiener Strukturverbesserungsaktion, 13,0 Millionen Schilling für Zuschüsse im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion, 34,7 Millionen Schilling für Förderungen nach dem Wiener Garagengesetz, 667,0 Millionen Schilling für den Beitrag an den Bund zur Finanzierung des Projektes „General Motors“, Motorenwerke, und 200,0 Millionen Schilling als Investitionskostenzuschüsse an private Unternehmungen.

Die Ausgaben der Gruppe 8, **Dienstleistungen**, waren mit 19.448,9 Millionen Schilling, das sind 33,3 Prozent der Gesamtausgaben, die umfangreichsten aller Aufwandgruppen. Für die Ver- und Entsorgung standen 3.134,9 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar 766,1 Millionen Schilling für die Wasserversorgung, 116,0 für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, 168,1 für Märkte, 780,6 für die Abwasserbeseitigung, 23,8 für Bedürfnisanstalten, 797,6 für die Müllbeseitigung und 482,7 Millionen Schilling für die Straßenreinigung.

Im Rahmen der umfangreichen Investitionen der Ver- und Entsorgungsbetriebe wurden unter anderem 35,0 Millionen Schilling für die Fortsetzung der Bauarbeiten an der III. Wasserleitung, 57,8 für die Hauptkläranlage und 70,0 Millionen Schilling für den Entlastungskanal des rechten Hauptsammelkanals bereitgestellt. Ferner wurden in dieser Gruppe 425,9 Millionen Schilling für Park- und Gartenanlagen sowie Kinderspielplätze, für

die Friedhöfe 272,1 Millionen Schilling, 208,6 Millionen Schilling für die öffentliche Beleuchtung und für öffentliche Uhren sowie 135,7 Millionen Schilling für die Stadforste präliminiert. Für die Bäder war ein Gesamtaufwand von 388,5 Millionen Schilling erforderlich, davon 109,1 Millionen Schilling für Investitionen. An größeren Bauvorhaben sind der Neubau des Hallenbades Kagran mit 24,5 Millionen Schilling, der Neubau des Hallenbades Brigittenau mit 5,0 Millionen Schilling und die Sanierung des Amalienbades mit 30,0 Millionen Schilling hervorzuheben. Für die Erwerbung von Grundstücken und für Grundfreimachungen standen 332,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Für die städtischen Wohnhäuser waren 2.435,1 Millionen Schilling erforderlich, wovon 598,2 auf die Erhaltung der Wohnhäuser, 446,2 auf den Schuldendienst bzw. auf Beiträge zum Schuldendienst, 453,5 auf Steuern und Abgaben sowie 133,4 Millionen Schilling auf Investitionen entfielen. Zur Weiterführung des vorgesehenen Wohnbauprogramms beim städtischen Wohnhausbau bzw. beim Personalwohnhausbau für das Krankenpflegepersonal wurden 2.574,3 Millionen Schilling bereitgestellt. Die insbesondere mit dem Wohnbau in Zusammenhang stehenden Ausgaben für das Baugewerbe und das Baunebengewerbe ergaben einen Betrag von 14.126,2 Millionen Schilling, das sind 24,2 Prozent der Gesamtausgaben. Für die Wiener Stadtwerke waren Aufwendungen in der Höhe von 9.160,0 Millionen Schilling erforderlich. Davon entfielen unter anderem 1.775,5 Millionen Schilling auf die Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe, 55,0 Millionen Schilling auf den Bundeszuschuß für den Nahverkehr, 117,8 auf den Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer für die Verkehrsbetriebe, 2.192,0 auf die Weitergabe von Anleihen und Darlehen, 2.946,0 auf den Schuldendienst und 1.973,0 Millionen Schilling auf die Übernahme der Pensionslasten.

Für die Gruppe 9, *Finanzwirtschaft*, standen 3.436,0 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind 5,9 Prozent der Gesamtausgaben. Für Beteiligungen waren 122,2 Millionen Schilling bestimmt, davon unter anderem 23,3 Millionen Schilling für die Flughafen Wien Betriebs-Ges. mbH, 54,0 für die Heizbetriebe Wien-Ges. mbH und 42,0 Millionen Schilling für die Wiener Stadthalle. 25,6 Millionen Schilling wurden für den Ankauf von Wertpapieren bereitgestellt. Für die Weiterverrechnung der für eigene Dienststellen aufgenommenen Darlehen wurden insgesamt 1.382,4 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar 2,7 Millionen Schilling für Bundesdarlehen für den Wohnbau, 22,9 für Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, 357,6 für Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds und 999,2 Millionen Schilling für Hypothekendarlehen. Der Schuldendienst für die im Rahmen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Investitionsdarlehen und Anleihen erforderte 1.587,8 Millionen Schilling, wovon 663,8 auf Tilgung und 924,0 Millionen Schilling auf Verzinsung entfielen. Als Verstärkungsmittel wurden lediglich 200,0 gegenüber 850,0 Millionen Schilling im Jahre 1980 vorgesehen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 1. bis 3. Juli 1981 genehmigte *Rechnungsabschluss für das Jahr 1980* ergab bei Gesamteinnahmen von 52.513,2 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 54.067,7 Millionen Schilling einen Abgang von 1.554,5 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1980 ausgewiesene Abgang von 2.667,8 Millionen Schilling um 1.113,3 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges von 1.554,5 Millionen Schilling wurden Fremdmittel in Höhe von 1.549,5 Millionen Schilling aufgenommen, der restliche Fehlbetrag von 5,0 Millionen Schilling wurde auf Rechnung des Jahres 1982 vorgetragen. Der Gesamtstand der Sonderrücklagen betrug am Jahresende 1.906,4 Millionen Schilling.

Der *Voranschlag* der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1982, der in der Sitzung des Gemeinderates vom 14. bis 17. Dezember 1981 beschlossen wurde, rechnet bei Gesamteinnahmen von 57.364,1 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 62.032,5 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 4.668,4 Millionen Schilling, das sind 7,5 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr 7,9 Prozent). Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verwaltungsjahres zu veranschlagen.

Finanzverwaltung und Wirtschaftsangelegenheiten

Gemeinsam mit dem Voranschlagsentwurf 1982 wurde dem Gemeinderat auch der für die Jahre 1982 bis 1986 erstellte Finanz- und Investitionsplan vorgelegt. Der Aufbau des Finanz- und Investitionsplanes entspricht dem der früheren Jahre. Der Darstellung der Ausgangslage folgen Erläuterungen der Annahmen und Ergebnisse mit einer zusammenfassenden Beurteilung. Da die Verschuldung in den Finanzierungsüberlegungen wegen der dargestellten Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zwangsläufig einen immer breiteren Raum einnimmt, ist ein eigenes Kapitel dem Schuldenstand und der Entwicklung des Schuldendienstes gewidmet. Der Finanz- und Investitionsplan macht zwar keine Aussage darüber, wann für die Stadt Wien die Grenze der Verschuldung erreicht ist, angesichts der aufgezeigten Entwicklung kann jedoch festgestellt werden, daß es dringend notwendig ist, die ungedeckten Abgänge und damit den Umfang der Neuverschuldung sehr rasch und drastisch zu reduzieren. Das Budget 1982 stellt einen ersten Schritt in Richtung dieser aus dem Finanz- und Investitionsplan sich ergebenden Notwendigkeit dar, die Neuverschuldung zu reduzieren.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 20. November 1981 die Gründung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beschlossen. In diesem Fonds sind neben der Stadt Wien die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Vereinigung Österreichischer Industrieller, die Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien sowie die Erste österreichische Spar-Casse vertreten. Der Fonds hat die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit den städtischen Dienststellen und anderen in Frage kommenden Institutionen Grundstücke und Finanzierungsmittel für die Wiener Wirtschaft bereitzustellen sowie im Rahmen eines umfassenden Service Wirtschaftstreibende bei der Durchführung ihrer Vorhaben mit Beratung zu unterstützen. Ebenso wird der Fonds Werbung für den Wirtschaftsstandort Wien betreiben.

Da aufgeschlossene Betriebsbaugebiete eine wesentliche Voraussetzung für das Tätigwerden des Wirtschaftsförderungsfonds darstellen, wurde auch im Jahre 1981 die Aufschließung von Betriebsbaugebieten fortgesetzt. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 konnten rund 233 Millionen Schilling für die Aufschließung eines über eine halbe Million Quadratmeter großen Areals in den Draschegründen (Bauteil West II) bereitgestellt werden. Eine weitere Fläche von 330.000 m² wird auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates vom 1. Juli 1981 mit einem Kostenaufwand von rund 136 Millionen Schilling aufgeschlossen. Die Verwertung dieses im Bereich des Hafens Albern gelegenen Areals wird von der Wiener Hafengesellschaft mbH durchgeführt.

Bei den Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien wurden auch im Jahre 1981 verschiedene Anpassungen an die Belange der Wiener Wirtschaft vorgenommen. So konnte im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion, Aktion zur Förderung von betrieblichen Infrastrukturinvestitionen von Wiener Beherbergungsbetrieben, mit Gemeinderatsbeschluß vom 27. Februar 1981 festgelegt werden, künftig auch Brandschutzinvestitionen mit einem Zuschuß in der Höhe von 35 Prozent der anrechenbaren Nettokosten, maximal jedoch 500.000 Schilling pro Betrieb, zu fördern. Bei der Aktion „Refundierung von Anliegerleistungen“ wurde mit Gemeinderatsbeschluß vom 21. September 1981 die zulässige Normbelastung für die Kanaleinmündungsgebühr neu festgesetzt und die Refundierung von Anliegerleistungen aus Anlaß von baulichen Erweiterungsinvestitionen außer Kraft gesetzt. Zur verstärkten Einbeziehung von Klein- und Mittelbetrieben in diese Aktion wurde die Mindestgrenze für bauliche Investitionen von bisher 5 Millionen auf nunmehr 2,5 Millionen Schilling herabgesetzt. Die „Aktion zur Förderung der Wiener Privatbäder“ sowie die Sonderquote „Bäder“ im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion wurden per 1. Dezember 1981 eingestellt, da bereits alle in Frage kommenden Privatbäder die Förderung in Anspruch genommen haben.

Anfang 1981 hat der mit Gemeinderatsbeschluß vom 24. Oktober 1980 genehmigte Fonds zur Förderung der Wiener Bekleidungsindustrie seine Tätigkeit aufgenommen. Der Wiener Exportförderungs- und Exportberatungsgesellschaft mbH wurde zur Refinanzierung von Exportförderungskrediten eine weitere Einlage in der Höhe von 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das für Exportförderungskredite zur Verfügung stehende Volumen beträgt nunmehr 200 Millionen Schilling.

Die von der Finanzverwaltung auch im Jahre 1981 herausgebrachten Publikationen „Wiener Wirtschaftsberichte“ enthalten eine umfassende Darstellung aktueller Grundlagenforschungen, die im Zusammenhang mit Wirtschaftsangelegenheiten angestellt wurden. Die Untersuchung „Großstädtisches Wachstum und Wiener Industriewachstum“ zeigt, aufbauend auf den bisherigen Erkenntnissen über die wirtschaftliche Entwicklung Wiens, die Schwachstellen der vorliegenden Forschungsarbeiten, aber auch die Schwierigkeiten für die Abfassung weiterer Arbeiten auf Grund fehlender statistischer Unterlagen auf.

Die „Analyse von 30 der größten Wiener Industriebetriebe“ erbringt Aussagen über Entwicklungstrends am Wiener Arbeitsmarkt.

Mit der „Nahversorgung 1980“ wurde eine den neuesten Verhältnissen entsprechende Unterlage für die Beurteilung und Planung von Nahversorgungseinrichtungen sowie für die Feststellung der Förderungswürdigkeit im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion erarbeitet.

Mit der „Nachuntersuchung Zuwandererfonds“ konnte wieder eine städtische Einrichtung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit durchleuchtet werden. Zielsetzung dieser Studie war aber auch die Schaffung von Grundlagen für eine Werbekonzeption des Wiener Zuwandererfonds.

Die Untersuchung „Zentrenkonzept — Aktualisierung 1981“ ist eine Grundlagenstudie für den Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen und war für eine Überarbeitung des entsprechenden Kapitels im Stadtentwicklungsplan erforderlich.

Mit dem Aufzeigen der „Arbeitskraftreserven im Einzugsbereich der Industriebaugebiete Industriepark Nord, Allissen und Hausfeldgründe“ wurde eine der üblichen Serviceleistungen für ansiedlungswillige Betriebe erbracht, mit der ihnen die Vorteile einer Betriebsansiedlung im Norden Wiens dargestellt werden konnte.

Ende 1981 wurde auch der zweite Teil der Studie „Städtische Aufgabenplanung“ fertiggestellt. Mit dieser Arbeit ist es nun möglich gemacht worden, eine monetäre Bewertung der in den Stadtentwicklungsplänen aufgeführten Maßnahmen durchzuführen. Mit der vorliegenden Studie kann man erstmals die zukünftigen Schwer-

punktverschiebungen im Finanzbedarf Wien längerfristig erkennen und — über die Möglichkeiten des Finanz- und Investitionsplanes hinaus — die Ergebnisse in konkrete Finanzierungsplanungen einbringen.

In Anbetracht der Problematik der Mariahilfer Straße wurde gemeinsam mit der Wiener Handelskammer noch Ende 1981 eine tiefergehende Untersuchung über die Situation dieser Straße und über mögliche Entwicklungsvorschläge für die Verbesserung ihrer Entwicklung erarbeitet.

Auch auf dem Gebiet der Investorenwerbung konnten im Jahre 1981 Aktivitäten gesetzt werden. In dem Buch „Waren und Wissen aus Wien“ wurde die Wiener Wirtschaft mit rund 100 Betrieben und deren Produkten bzw. deren Know-how vorgestellt. Diese Broschüre dient auch der Unterstützung von Exportbemühungen seitens Wiener Unternehmungen.

Auf dem Abgabensektor war die Vergnügungssteuernovelle 1981 die bei weitem wichtigste gesetzliche Maßnahme. Das Vergnügungssteuergesetz für Wien, LGBl. für Wien Nr. 11/1963, wurde durch die Vergnügungssteuergesetznovelle, LGBl. für Wien Nr. 16/1981, geändert. Die Novelle dient vornehmlich zwei Zielsetzungen: Einerseits sollte der Katalog der Befreiungsmöglichkeiten erweitert und verbessert werden, andererseits sollte durch eine drastisch höhere Besteuerung der Spielapparate deren große Anzahl, die bereits als Übel empfunden wird, reduziert werden. Dadurch ist speziell dem Anliegen des Jugendschutzes gedient, gleichzeitig wird unter Umständen das steuerliche Ergebnis verbessert. Zu den Befreiungen ist im allgemeinen zu sagen, daß nunmehr alle Veranstaltungen, denen eine Steuerbefreiung zukommt, auch von der Steuer auf die Konsumation befreit sind. Neue Befreiungen wurden für sportliche Veranstaltungen, Theater, Konzerte, Museen, Ausstellungen der darstellenden Kunst, Zirkusse und Tierschauen, Kabarett, Kartenspiele außerhalb von Spielbanken und für die Straßenmusik geschaffen; auch die Steuer auf den Preiszuschlag der Kartenbüros wurde aufgelassen. Die Steuer für die Kinos wurde gesenkt, die Begünstigung von Tanzveranstaltungen und musikalischen Darbietungen in gastgewerblichen Betrieben konnte durch Lockerung der Beschränkung hinsichtlich Veranstaltungsfläche und Teilnehmerzahl wesentlich verbessert werden. Diese Begünstigung betrifft vor allem die kleinen Hausbälle in Gasthäusern sowie traditionelle Darbietungsformen von Musik in solchen Betrieben (Konzertcafé, Schrammelmusik beim Heurigen). Insgesamt dienen alle diese Verbesserungen der Förderung des Sports, der Kultur und der Geselligkeit, wobei die Stadt Wien auf wesentliche Steuereinnahmen verzichtet.

Für die Spielapparate wurden die Steuersätze drastisch erhöht, womit das angestrebte Ziel erreicht werden konnte: Die Zahl der gemeldeten Apparate ist auf etwa 60 Prozent des Standes vor der Novelle gesunken. Das Abgabenaufkommen aus der Vergnügungssteuer jedoch stieg trotz der vielen neuen Begünstigungen sofort sprunghaft auf etwa das Dreifache des Vorjahres an. Für die Tätigkeit der Dienststelle bedeutete diese Novelle, daß am Beginn des Jahres noch die legistischen Arbeiten abzuschließen waren und etwa ab Juni die Umstellungsarbeiten in vollem Umfang anfielen. Für die Dienststelle war es eine gewaltige Stoßarbeit, mußte doch jeder einzelne Apparat entweder abgemeldet oder in die neuen Steuersätze eingestuft werden. Größer wurde dieser Arbeitsumfang noch dadurch, daß entsprechend den mit der Novelle verfolgten Intentionen auch die Kontrollmaßnahmen rigoros verschärft wurden. So hat die Revisionsstelle in den Monaten Mai und August zwei Totalerhebungen im gesamten Wiener Stadtgebiet durchgeführt, deren Ergebnis ebenfalls verarbeitet werden mußte, was zusätzlich Parteienverkehr, Bemessungsbescheide und Strafverfahren nach sich zog. Dieser Einsatz war insofern von Nutzen, da es den Anschein hat, daß tatsächlich eine entscheidende Verbesserung bei der Einhaltung steuerrechtlicher Vorschriften erreicht worden wäre.

Das Gesetz über die Einhebung einer Steuer anlässlich der entgeltlichen Abgabe von Gefrorenem im Gebiet der Stadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 17/1948, wurde durch das Gesetz vom 12. Dezember 1980, LGBl. für Wien Nr. 12/1981, geändert, das Getränkesteuergesetz für Wien 1971, LGBl. für Wien Nr. 2, durch die Getränkesteuernovelle 1980, LGBl. für Wien Nr. 13/1981. Diese beiden Novellen stellen thematisch eine Einheit dar, und zwar wurde die bis dahin für beide Steuern bestehende monatliche Erklärungspflicht aufgehoben und durch eine bloß jährliche Erklärungspflicht ersetzt; die monatliche Zahlungspflicht blieb jedoch bestehen. Damit wurde dem Wunsch der Wiener Wirtschaft entsprochen. Die unmittelbare Auswirkung dieser Novellen auf die Tätigkeit der Dienststelle besteht darin, daß die Strafverfügungen wegen nicht rechtzeitiger Entrichtung der Steuern nicht mehr wie früher von der ADV ausgedruckt werden können, sondern erst auf Grund der Revisionsberichte verfaßt werden müssen. Dies bedeutet an sich einen Mehraufwand, der dadurch größer wird, daß viele Steuerpflichtige das ihnen vom Gesetzgeber entgegengebrachte Vertrauen nicht rechtfertigen und ihrer nach wie vor bestehenden monatlichen Zahlungspflicht nicht nachkommen.

Hauptziel des Parkometersgesetzes ist es, Parkplätze in einer Weise zu rationieren, daß ihre Inanspruchnahme nur im dringenden Bedarfsfall erfolgt. Eine in dieser Richtung getroffene Maßnahme stellt die Besteuerung des Abstellens mehrspuriger Fahrzeuge in den Kurzparkzonen dar. Der Bedarf an Kurzparkzonen tritt unabhängig davon auf, ob es sich um eine Bundesstraße handelt oder nicht. Aus diesen Gründen ergab sich die Notwendigkeit, auch die Bundesstraßen — bis 30. April 1981 vom Parkometersgesetz nicht erfaßt — in den Geltungsbereich des Parkometersgesetzes einzubeziehen. Mit dem Gesetz vom 27. März 1981, LGBl. für Wien Nr. 19, wurden mit Wirkung vom 1. Mai 1981 auch die Bundesstraßen in Wien in das Parkometersgesetz einbezogen.

Die Berechnungen anlässlich der Erstellung des Voranschlages 1982 haben ergeben, daß der Abgabatart für

die Müllabfuhr nur mit 82,7 Prozent kostendeckend ist. Es war daher notwendig, die volle Deckung jener Kosten wieder herzustellen, die der Stadt Wien aus der Schaffung, der Erhaltung und dem Betrieb der einschlägigen Einrichtungen erwachsen. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 wurden daher die Grundbeträge für Kleingefäße mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1982 angehoben. Diese Gebührenregulierung wird voraussichtlich einen Mehrertrag von rund 118 Millionen Schilling jährlich erbringen und bewirken, daß ein Kostendeckungsgrad von etwa 97,6 Prozent erreicht wird. Auch bei der Wassergebühr haben die Berechnungen anlässlich der Erstellung des Voranschlages 1982 ergeben, daß für 1982 nur eine Kostendeckung von 89,6 Prozent gegeben ist. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 wurde daher die Wasserbezugsgebühr angehoben. Die Kostendeckung wird dadurch auf 98,52 Prozent ansteigen. Die Mehreinnahmen werden voraussichtlich 100 Millionen Schilling betragen. Bei den Kanalgebühren ergab die Gegenüberstellung der Nettoeinnahmen mit den korrespondierenden Aufwendungen eine Kostendeckung von nur 17,8 Prozent. Auch in diesem Fall mußte der Kostendeckungsgrad stufenweise verbessert werden. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 wurde daher die Gebühr für die Einleitung von Abwasser in einen öffentlichen Kanal für das Jahr 1982 mit vier Schilling, für das Jahr 1983 mit sechs Schilling und für das Jahr 1984 mit acht Schilling je Kubikmeter festgesetzt. Die Anhebung der Gebühr von 2,40 S/m³ auf 4,0 S/m³ läßt für 1982 Mehreinnahmen von rund 191 Millionen Schilling und eine Verbesserung der Kostendeckung auf rund 29 Prozent erwarten. Auch für die Räumung von Senk- und Sickergruben, Hauskläranlagen und Abscheiden sowie für die Erbringung besonderer Arbeitsleistungen und die Beistellung von Geräten wurden die Gebühren neu festgesetzt. Soweit es sich um Leistungen der Stadt Wien bzw. um die Beistellung von Geräten durch die Stadt Wien selbst handelt, wurde dabei nur auf den erhöhten Personal- und Sachaufwand Bedacht genommen.

Seit Dezember 1981 wird die Verrechnung der Ankündigungsabgabe mittels EDV durchgeführt. Für die Umstellung war die Kontenbereinigung fortzuführen und mußten die bestehenden Konten auf deren Aktualität geprüft werden. Dabei haben sich rund 200 Abmeldungen ergeben. Dieser den Erfolg schmälernde Umstand wurde jedoch mit den bescheidmäßigen Vorschriften bei Neufassung von Steuerobjekten, mit dem Abschluß von zusätzlichen Markenartikel-Vereinbarungen sowie mit der Neufestsetzung der Ankündigungsabgabe bei Mieterhöhungen kompensiert. Auch die Anzeigenabgabe wird seit Dezember 1981 von der MA 6 — Abgabenhauptverrechnung EDV-mäßig verrechnet.

Rechnungsamt

Im **Abgabenrechnungs- und Kassendienst** ist zunächst die Mitarbeit bei der Großzählung 1981 zu erwähnen. Die Bediensteten der Stadtkassen wirkten bei der Erfassung von Einwohnern mit Zweitwohnsitzen außerhalb Wiens mit. So mußten rund 30.000 Reklamationsfälle über Bildschirm für die zentrale Erstellung von Reklamationslisten eingegeben werden. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981, Pr. Z. 3225/81, wurde der Tarif für die Müllabfuhrabgabe erhöht. In diesem Zusammenhang waren rund 80.000 Bescheide für alle Abgabepflichtigen im Wege der automatischen Datenverarbeitung zu erstellen. Eine Neuerung ergab sich auch bei der Getränke- und Gefrorenessteuer. Ab 1. Jänner 1981 wurde an Stelle der monatlichen Erklärung eine Jahreserklärung bei monatlicher bzw. vierteljährlicher Abstattungspflicht eingeführt. Auf Grund der Vergnügungssteuergesetznovelle 1981 konnten durch weitreichende Befreiungsbestimmungen einerseits zahlreiche Abgabekonten ausgedient werden, andererseits bedingte die Änderung bei der Besteuerung von Spielautomaten auch eine Änderung der Bemessungsgrundlagen und die Notwendigkeit, rund 7.000 Anmeldeformulare auszuwerten.

Im Bereich der **Abgabenhauptverrechnung** wurde die Umstellung der in dieser Dienststelle verrechneten Abgaben auf elektronische Datenverarbeitung in Angriff genommen. Es erfolgte die Fertigstellung der Programme für die Verrechnung der Ortstaxe, Ankündigungsabgabe und Anzeigenabgabe auf dem Subsystem Philips P 440. Der bei der Umstellung der Abgabenverrechnung in den Stadtkassen mit Hilfe der IBM-Großanlage eingeschlagene Weg wurde unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich durch den geringeren Speicherplatz bzw. Komfort des Subsystems ergaben, fortgesetzt. In Zukunft werden den Abgabepflichtigen automatisch bedruckte Formulare übermittelt. Die Verrechnung erfolgt tagesfertig im Subsystem, wobei im Wege der Datenfernübertragung automatisch Abstattungsbuchungen bzw. Vorschriftsläufe über die IBM-Großanlage durchgeführt werden können. Die Eingaben erfolgen generell über vier angeschlossene Bildschirme, die Speicherung wird auf drei Magnetplatten vorgenommen. Täglich werden die händischen und automatischen Buchungen zusammengeführt, wobei eine für amtlich bemessene und für selbstbemessene Abgaben einheitliche Buchungssystematik aufgestellt wurde. Darüber hinaus werden die Konten nunmehr so saldiert, daß Guthaben nicht mehr in der künftigen Fälligkeit, sondern in einem eigenen Summenfeld aufscheinen. Die gesamte Verrechnung einschließlich der Rückstandsbetreuung wird direkt in der Abgabenhauptverrechnung vorgenommen, wobei sämtliche Auswertungen eines Monats bzw. die Jahresabschlüsse über einen dem Subsystem angeschlossenen Schnelldrucker ausgegeben werden. Die Datenbestände werden nur einmal jährlich anlässlich der

Geschichtsbandbeschreibung auf die IBM-Anlage ausgelagert. Gleichzeitig mit der Umstellung der Verrechnung in den Buchhaltungsabteilungen, bedingt durch die Einführung der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnungen (VRV), wurde zur Organisation und Programmierung weitgehend Personal der Abteilung herangezogen, das in Hinkunft auch die Programme warten und betreuen wird. Von rund 1.700 Veranstaltern wurden in der Abgabenhauptverrechnung für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen rund 2,1 Millionen Eintrittskarten vorgelegt und amtlich gekennzeichnet.

Im **Buchhaltungsdienst** stand die Konsolidierung der bestehenden Programme und Arbeitsabläufe nach Einführung der VRV und der Umstellung der Verrechnung auf EDV im Vordergrund. So wurde, dem Wunsch einer Reihe von Dienststellen entsprechend, an Stelle der Tagesauszüge (das heißt tägliche Verständigung über erfolgte Buchungen) die Übersendung von sogenannten Buchungsauszügen zur Verständigung in einem von der Dienststelle zu bestimmenden Intervall ermöglicht. Durch diese Maßnahme konnte der Papierausstoß bei gleichbleibendem Informationswert nicht unwesentlich reduziert werden. Zahlreiche Programme konnten hinsichtlich Schnelligkeit der Verarbeitung und der Abfragemöglichkeit verbessert werden, so z. B. für Sachkredite, Abstattungsbuchung und Rückstandsvortrag. Bei einer Reihe von Gebarungen wurde die Überrechnung aus einem bereits bestehenden Datenbestand automatisiert. Erwähnenswert sind vor allem die Hausbesorgerverrechnung, die Reisekostenverrechnung und die Mietzinsüberrechnung. Ähnliche Lösungen sind bei den Grundbesitzabgaben, bei der Gas- und Stromverrechnung, bei Versicherungen und bei den Mietenabschreibungen in Arbeit. Der Versand von Rechnungen konnte durch Auflage eines eigenen, nur für die Beförderung von Rechnungen bestimmten und gekennzeichneten Dauerkuverts beschleunigt werden.

Im Bereich der Zentralbuchhaltung mußten die Erfassung, Führung und Erstellung des Geld- und Mengeninventars von den alten Buchungsmaschinen auf die neuen Subsysteme Philips P 440 übernommen werden. Diese Maßnahme, die zugleich mit einer Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe verbunden wurde, war vor allem wegen der Überalterung der Buchungsmaschinen notwendig geworden. Für die bis zu 50 Jahre in Verwendung stehenden Maschinen konnten keine Ersatzteile mehr bereitgestellt und somit auch kein ordnungsgemäßes Service garantiert werden. Die sich aus der neuen Organisation ergebenden Änderungen wurden in einer 4. Ergänzung zur Inventarvorschrift festgehalten und von der Magistratsdirektion mit Zahl MD-2158-1/81 am 2. Dezember 1981 genehmigt. Der starke Anstieg der Geschäftsfälle bei der Haftpflichtgebarung war auch 1981 zu verzeichnen. Der damit verbundene arbeitsmäßige Mehraufwand konnte durch die Automatisierung und Übernahme der Hinterlegungsgebarung auf das Subsystem Philips P 440 aufgefangen werden. Ferner wurde auch der tägliche Kassaschluß, das ist die Gegenüberstellung der Abstattungsgebarung der Zentralbuchhaltung mit den Ergebnissen der Kassaführung der Stadthauptkasse, weitgehend automatisiert.

Die Buchhaltungsabteilung für Finanzwesen und Wohnbauförderung mußte neben den laufenden Arbeiten beträchtliche zusätzliche Mehrleistungen, größtenteils in Überstunden, erbringen. So hat die weltweite Hochzinsphase dazu geführt, daß wegen des hohen Anteiles von Kapitalmarktdarlehen im Finanzierungsplan die Rückzahlungsbelastung der Wohnbauförderung so hoch war, daß sie für einen Großteil der Förderungsnehmer nicht mehr tragbar erschien. Um die Belastung zu vermindern, wurden von der Landesregierung die Neugestaltung der Annuitätzuschüsse, die Erhöhung des Landesdarlehens sowie die Änderung des Finanzierungsplanes beschlossen. Diese im Jahre 1981 vorgenommene Neuregelung sowie die Zinssatzerhöhungen wirkten sich auf sämtliche Bereiche der Wohnbaufinanzierung aus. Aus diesem Grund war die Neudurchrechnung von rund 5.000 Einzelkonten erforderlich. Durch die ständig wechselnden Verhältnisse auf dem Geld- bzw. Kapitalmarkt, die eine laufende Konditionsneugestaltung des Einlagen- und Ausleihensbereiches der Stadt Wien bedingen, sind die Überprüfung und Evidenthaltung der in diesem Zusammenhang anfallenden Zinsen sowie deren Verrechnung äußerst schwierig und zeitaufwendig geworden. Da mit 1. Jänner 1981 das Grundbuchumstellungsgesetz, BGBl. Nr. 550/1980, in Kraft getreten ist, war es notwendig geworden, die im nunmehr mit EDV geführten Grundbuch eingetragenen Berechtigungen der Stadt Wien auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen. Es handelte sich um 7.000 zu überprüfende Fälle mit einem aushaftenden Darlehensvolumen von rund 25 Milliarden Schilling. Die in der Buchhaltungsabteilung für Planung, Wohnungs-, Verkehrs- und Wasserbau integrierte Bundesbuchhaltung wurde durch den Rechnungshof kontrolliert. Das Bundesministerium für Finanzen überprüfte im Laufe des Jahres 1981 die Verrechnung von Sonderfinanzierungen. Weiters waren Vorbereitungsarbeiten für die Umstellung der Bundesverrechnung zu tätigen, in deren Rahmen Kostenstellen und Kostenträger sowie Personenkonten neu organisiert wurden. Seit dem Jahr 1981 wird die Betriebsführung der Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) durch die Magistratsabteilung für Kanalisation (MA 30) besorgt. In diesem Zusammenhang kam es für die Buchhaltungsabteilung für Kanalisation und Wasserwerke zu einer Arbeitsvermehrung durch die Bearbeitung von zusätzlich rund 2.000 Eingangsrechnungen und der damit verbundenen Bestellscheingebarung, durch die Verlagsabrechnungen und die Journalauflösung der durch die EBS weiter zu besorgenden Fakturierung der Betriebsleitungen (Beseitigung von Sondermüll). Im Bereich der Buchhaltungsabteilung für Wohn- und Amtsgebäudeverwaltung konnten die Betriebsaufteilerauswertungen weiter optimiert werden, so daß alle von der anweisenden Dienststelle geforderten Auswertungen geliefert werden können. Im Hinblick auf die kommenden Erfordernisse des neuen Mietrechtsgesetzes wurde die automatische Überrech-

nung der von der Stadt Wien anfallenden Betriebskosten für die städtischen Wohnhäuser bereits zum Teil realisiert bzw. wird an der Realisierung noch gearbeitet. Diese Datenüberleitung erspart etwa 130.000 Eingaben und ist Voraussetzung dafür, daß den Aufgaben, die durch das neue Mietrechtsgesetz an die Buchhaltungsabteilung gestellt werden, überhaupt nachgekommen werden kann. Auf dem Gebiet der Baukostenverrechnung konnte eine wesentliche Verbesserung durch die Umstellung auf on-line-Betrieb und Adaptierung aller Programme erzielt werden. Laut Erlaß des Anstaltenamtes vom 29. Mai 1981 wird die Verrechnung von ambulatorischen Leistungen zwischen dem Allgemeinen Krankenhaus und den Wiener städtischen Krankenanstalten sowie den Pflegeheimen nicht mehr als Klinikeinnahme in der Buchhaltung des Allgemeinen Krankenhauses verbucht. Die erbrachten ambulatorischen Leistungen sind als Einnahmen des Allgemeinen Krankenhauses zur Gebühr zu stellen. Durch diese Regelung entsteht in der Buchhaltungsabteilung für das Gesundheitswesen eine Mehrbelastung von rund 3.000 Buchungen im Jahr. Die Übersiedlung der Buchhaltungsabteilung für Garten- und Forstwesen, Landwirtschaftsbetrieb, Liegenschaftsverwaltung und Umweltschutz aus dem Forumgebäude, in dem auch die automatische Datenverarbeitung untergebracht ist, in ein anderes Amtsgebäude bedingte neben den üblichen Behinderungen durch Vorbereitungsarbeiten auch infolge Verlegung des EDV-Systems Philips P 440 erhebliche Schwierigkeiten. Mit der Übersiedlung ging auch der Vorteil der gemeinsamen Unterbringung mit der ADV, insbesondere die schnellere Datenübertragung durch die direkte Datenleitung an Stelle einer Postleitung, wieder verloren. Somit mußte der erwachsene Nachteil durch geeignete organisatorische Maßnahmen wieder ausgeglichen werden.

Die Wirksamkeit der Prüfungstätigkeit des Buchhaltungsdienstes einschließlich der Kollaudierungsabteilung im Zusammenhang mit den anweisenden Dienststellen findet zahlenmäßig Ausdruck in den bei den Eingangsrechnungen des Jahres 1981 vorgenommenen Abstrichen in der Höhe von rund 1,5 Milliarden Schilling. Die im Vergleich zu den Vorjahren höheren Beträge ergeben sich zum Teil auch dadurch, daß in den Eingangsrechnungen verschiedener Firmen geleistete Teilzahlungen nicht in Abzug gebracht wurden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik zeigt die Leistungen der einzelnen Dienstgruppen des Rechnungsamtes im Jahre 1981.

Buchhaltungsdienst	Stück
Eingangsrechnungen	581.000
Einnahmenbelege	57.500
Buchungsposten	
auf P 440	1.517.700
sonstige	1.083.800
Stammdatenanlagen und -änderungen	190.700
Bildschirmabfragen und Programmaufrufe	191.000
Mahnungen, Pfändungen, versuchsweise Einhebungen	11.400
Posten aus Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung und Verrechnung von Arbeitsscheinen, Materialausfolgescheinen und Fahrtausweisen; rechnerische Prüfung von Ruhe- und Versorgungsberechtigten; Prüfung und Vergebührung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen sowie von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; Erstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung von fällig gewordenen Wertpapierkupons u. dgl.	5.560,60
Bearbeitete Dienststücke	252,80

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung	Stück
Kontenanzahl	581,35
Eingelangte Einzahlungsbelege	1.323,14
Klarschriftdruckereingaben	481,30
Lochvorlagen	135,04
Dateneingaben	350,04
Codierte Erklärungen	54,16
Stammdatenänderungen über Bildschirm	24,39
Kontoanfragen über Bildschirm	1.016,66
Mahnungen	18,26
Zugestellte Zahlscheine wegen verspäteter Zahlung	8,45
Vollstreckungsanträge	64,86
Aktenstücke	1.467,21
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	51,22
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	3,34
Strafanträge wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	2,71

Stadthauptkasse

	Stück
Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	471.777
Ausgefertigte Bar-Empfangsanweisungen	10.478
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	141.195
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben)	595.923
Bearbeitete Verbote	91.802
	Schilling
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	
Einnahmen	300,322.205
Ausgaben	300,951.849
Wertmarkenverkauf	41,141.150
Drucksortenverkauf an Parteien	622.486
Gebarungen in der Drucksortenstelle:	
An Dienststellen ausgegebene Drucksorten im Werte von	19,735.879
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Werte von	6,324.085
	Stück
Ausgebene allgemeine Drucksorten	12,582.989

Vom Erhebungs- und Vollstreckungsdienst wurden im Jahre 1981 insgesamt 152.650 Aufträge erledigt und ein Betrag von rund 90 Millionen Schilling an eigenen und fremden Geldern eingehoben.

Zentraler Einkauf

Der MA 54 obliegt gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten und Betriebe) und Schulen, ausgenommen insbesondere Sportgeräte, Kraftfahrzeuge, klimatechnische Anlagen, Elektroanlagen und die von der Magistratsdirektion für einzelne Dienststellen festgesetzten Spezialerfordernisse. Außerdem besorgt sie den Ankauf und die Einlagerung von Bau- und Werkstoffen und deren Abgabe an städtische Verbrauchsstellen. Ferner stehen ihr noch die Verbrauchsüberwachung und die Bedarfsprüfung hinsichtlich der angeführten Sacherfordernisse zu.

Für die Warenlagerung standen das Zentrallager in 16, Hasnerstraße 123—125, und der Baustofflagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, zur Verfügung. Darüber hinaus wurden auch Konsignationslager bei einzelnen Firmen beaufichtigt. Weiters obliegt der Abteilung die Führung des Werkstättenbetriebes im Zentrallager, nämlich der Tischlerei, Anstreicherei und Schlosserei. In der Abteilung sind 170 Bedienstete beschäftigt.

Die Abteilung ist ein betriebsmäßig geführter Verwaltungszweig, der seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG 1977, BGBl. Nr. 223/1972, als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Die gesamten Einnahmen und alle Aufwendungen (Sach- und Personalaufwand) werden auf dem Ansatz „Zentraler Einkauf“ veranschlagt, der allgemeine Sachaufwand für die Dienststellen der Hoheitsverwaltung jedoch getrennt auf einer besonderen Ausgabenpost. Allgemein anordnungsberechtigt ist die Abteilung, der grundsätzlich die Beistellung der Sacherfordernisse für die Dienststellen obliegt. Die Abteilung ist gemäß der Geschäftseinteilung außerdem mit der Führung der Städtischen Bäckerei beauftragt, die als Betrieb gewerblicher Art gilt.

Durch die mit Wirksamkeit vom 11. Februar 1981 erfolgte Senkung des Zinssatzes für die Bankrate von 6,75 auf 5,25 Prozent verringerten sich zwar die Kosten bei der Verzinsung der Anlagewerte, doch wirkt sich der hohe Zinssatz noch immer belastend auf die Bilanzen der Abteilung aus. Die vom Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof erlassene Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974 in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, gelangte erstmals im Bereich der Stadt Wien für das Jahr 1980 zur Anwendung und konnte im Jahre 1981 auf Grund der Erfahrungen des Vorjahres in allen Bereichen ohne Schwierigkeiten gehandhabt werden. Der Gesamtumsatz der Abteilung im Jahre 1981 betrug 1.106,873.000 S.

Um wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Wien beim Einkauf zu erzielen, wurden die Kontakte zwischen der Abteilung und der Einkaufsabteilung der Wiener Stadtwerke intensiviert. Auf leitender Ebene werden um den 15. Oktober jeden Jahres Gespräche stattfinden, zu denen abwechselnd die Abteilung oder die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke einladen. Es wurden bereits Arbeitskreise für Büromaterial, Büromöbel, Textilien und Bekleidung, Brennstoffe sowie Baustoffe gebildet. Die Leitung jedes Arbeitskreises, der Maßnahmen für die Rationalisierung und Automatisierung der Büroarbeit zum Inhalt hat, obliegt der Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik. Grundsätzlich sollen nur Gespräche über jene Artikel durchgeführt werden, für deren Beschaf-

fung einer der Gesprächspartner einen die Wertgrenzen nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung übersteigenden Betrag, derzeit 920.000 S, aufwenden wird.

Auf Ersuchen der MA 17 — Anstaltenamt hat die Abteilung bei Bestellungen, die von den dem Anstaltenamt unterstellten Dienststellen getätigt werden, ein besonderes Augenmerk auf die richtige Vidierung im Sinne der neuen Kompetenzgrenzen zu richten.

Gemäß § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 111/1979, sind Dienstgebern, die Aufträge an Einrichtungen erteilen, in denen überwiegend Schwerbehinderte tätig sind, 30 Prozent des Jahresrechnungsbetrages der Aufträge auf die Summe der für das entsprechende Kalenderjahr vorzuschreibenden Ausgleichstaxe anzurechnen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Abteilung sämtliche Aufträge an Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 in Evidenz zu halten und die entsprechenden Unterlagen der MA 1 jeweils zu Jahresbeginn vorzulegen.

Im Jahre 1981 mußten drei vakant gewordene verantwortungsvolle Posten, nämlich die Leitung des Zentral-lagers, die Leitung der Warengruppe 3 und der Warengruppe 5, neu besetzt werden.

Ab 1. Jänner erfolgte auch eine Umorganisation bei der Verrechnung der neuen Lagerpreise. An Stelle der Preiserrechnung in der Abteilung werden nunmehr in der Buchhaltungsabteilung XII mittels eines Computers die Preise für die einzelnen Lagerwaren errechnet und der Abteilung monatlich bekanntgegeben.

Die Städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime der Stadt Wien wurden mit lagerfähigen **Lebensmitteln** beliefert, außerdem war die Städtische Bäckerei mit den benötigten Materialien zu versorgen. Im Jahre 1981 wurden 6.236 Bestellscheine ausgefertigt und mit einem Aufwand von 58,636.671 S 3,189.332 kg Lebensmittel gekauft.

Sämtliche Dienststellen des Magistrates wurden mit Verbandpflastern, Verbandstoffen und Medikamenten im Rahmen der Ersten Hilfe versorgt, wofür ein Betrag von 405.346 S aufgewendet werden mußte.

Die Dauerbefürsorgten erhielten im Rahmen von Faschings- und Muttertagsfeiern Geschenke im Wert von 144.510 S. Anlässlich des Weihnachtsfestes erhielt dieser Personenkreis 10.000 Lebensmittelpakete im Wert von 1,206.300 S. Für die Weihnachtsfeiern in den diversen Pensionistenklubs wurden 15.284 Bräuleinchen um den Betrag von 240.998 S besorgt.

Preiserhöhungen gab es unter anderem bei Einfuchtmarmeladen, Grieß- und Eierteigwaren, Kaffeemitteln und Fruchtsäften, Preisermäßigungen hingegen bei diversen Waren, wie bei Kakao, Salaten, Zweifuchtmarmeladen, Essig, Rosinen und einzelnen Kompotten (Birnen, Pfirsich, ungesüßtes Marillenkompott). Gleichbleibende Preise konnten z. B. bei Margarine, Fritterfett, Bohnenkaffee, Kartoffelprodukten, Rum, Diabetikermarmeladen, Diabetikerzucker und künstlichen Süßstoffen, Schokoladen und Honig festgestellt werden.

Textilien und Leder wurden für die städtischen Ämter, Anstalten und Betriebe im Werte von 79,273.570 S bestellt, und zwar:

	Schilling
9.000 m Woll- und Mischgewebestoffe	1,445.620
11.000 Stück Anstalts- und Kinderdecken	1,480.570
1.300 Stück Säuglingsdecken	168.130
76.820 m Leinenstoffe	6,124.860
663.170 m Baumwollstoffe	23,168.990
109.616 Stück Frotteewaren	4,271.542
213.300 Stück Windeln	2,669.060
19.300 m Futter- und Einlagestoffe	180.890
9.290 kg Garne, Spagete und Seile	1,167.840
340.970 m Litzen, Bänder, Gurte und Schnüre	252.360
Zwirne, Schlingwolle, Nähseide	1,192.610
Nadlerwaren	391.760
Knöpfe und Abzeichen	192.236
166.856 Stück Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche)	7,178.073
29.064 Stück (Paar) Socken, Strümpfe, Strumpfhosen, Handschuhe und Hosenträger	874.784
56.212 Stück fertige Berufsbekleidung und Wäschestücke	12,220.572
7.197 Stück fertige Oberbekleidung	3,328.659
Textilien	1,185.963
4.438 Stück Federn- und Kunstfaserpolster, Steppdecken	819.704
10 Stück Säcke	170
Vorhangstoffe	3,987.245
Möbelstoffe	755.718
Teppiche und Bodenbeläge	217.808

Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe	4,623.660
Plastikwaren	537.729
1.775 Stück Regenmäntel und Regenschutzbekleidung	837.017
Lohnarbeiten gelangten in der Höhe von 8,588.601 S zur Vergabe, und zwar:	
5.179 Stück Oberbekleidung	1,759.022
74.120 Stück Wäsche und Berufsbekleidung	2,549.063
2.784 Stück Dienstkappen	389.246
699 Stück Fahnen	205.131
60.250 m Baumwoll- und Leinenstoffe ausrüsten	687.470
Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen)	1,784.019
Reparaturen von Uniformen	163.500
Reinigen von Vorhängen, Teppichen und Uniformen	802.150
Reparatur von Schuhen, Stiefeln und dazugehöriges Leder	249.000

Der Gesamtumsatz betrug 87,862.171 S und ist damit höher als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Es wurden insgesamt 166 Ausschreibungen durchgeführt sowie 2.046 Bestell- und Arbeitsscheine geschrieben. Der Bedarf an Baumwoll- und Leinenstoffen ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, ebenso der Bedarf an Decken mit Ausnahme der Säuglingsdecken wie auch der an Frotteewaren, Windeln, Futterstoffen, Strick- und Wirkwaren, Strümpfen und Regenmänteln.

Bei Baumwollwaren konnten Preiserhöhungen um rund 3 bis 4 Prozent festgestellt werden. Im Vergleich dazu ist zwar der Durchschnittspreis der Rohbaumwolle für Standardqualität von rund 98,65 Cent je Pfund im Dezember 1980 auf 67,35 Cent im Dezember 1981 gesunken, es muß jedoch das gleichzeitige Ansteigen des Dollarkurses berücksichtigt werden. Die Preise für Woll- und Mischgewebestoffe, Decken, Frotteewaren, Teppiche, Dienstkappen, Fahnen sowie die für Reparaturen von Uniformen sind um 7 bis 10 Prozent gestiegen, jene für Säuglingsdecken, Windeln, Nadlerwaren, fertige Oberbekleidung, Regenmäntel, Strick- und Wirkwaren sowie für die Stoffausrüstung um 5 Prozent. Bei Futterstoffen, fertiger Berufsbekleidung, Schuhen, Vorhangstoffen, Möbelstoffen und diversen Plastikwaren war die Preissteigerung bis zu 5 Prozent relativ gering. Die Preise für Leinenstoffe, Garne und Nähseide, Knöpfe, Abzeichen und Tapeziererarbeiten sind gleichgeblieben. Kunstfaserpolster und Steppdecken konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 15 Prozent günstiger eingekauft werden.

Um das Service für die Patienten in den Krankenhäusern und Pflegeheimen zu verbessern, wurden nach einigen Entwürfen neue Patientenschlafrocke ausgesucht. Das neue Material ist besonders pflegeleicht und angenehm zu tragen. Zusätzlich wurden für Patienten, die sich längerdauernden Röntgenuntersuchungen unterziehen müssen, eigene Röntgenpelerinen entwickelt, die eine Unterkühlung, z. B. bei langen Wartezeiten auf die Einwirkung des Kontrastmittels, verhindern. Die Mäntel sind so konstruiert, daß man sie eventuell auch bei den Röntgenaufnahmen anbehalten kann.

Die gesamte Dienstkleidung für Spitäler wurde neu erprobt, da verschiedentlich Beschwerde über das bisherige Material geführt wurde. Das Material konnte nun dahingehend verbessert werden, daß der Baumwollanteil an der Körperseite erhöht wurde, so daß einerseits die Kleidungsstücke angenehmer zu tragen sind, andererseits die guten Pflegeeigenschaften weitgehend erhalten bleiben.

Die Vergabe von Waschleistungen für sogenannte „Kleinkunden“, wie z. B. die MA 26, 30, 48, 56 und 68, wurden von der MA 54, Warengruppe 2, neu übernommen. Es handelt sich dabei um die Magistratsabteilungen, die bisher Waschleistungen von der Zentralwäscherei der MA 17 durchführen ließen. Somit hat die Ausschreibung von Waschleistungen für Trocken-, Flach- und Formteilwäsche diverser Abteilungen nunmehr die Abteilung durchzuführen. Im Jahre 1981 wurden 8.930 Säuglingswäschepakete, 6.220 Kleinkinderwäschepakete, insgesamt 15.150 Pakete, ausgegeben.

Für Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen wurde ein Betrag von 141,641.918 S ausgegeben. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht dies einer Ausgabensteigerung von 8 Prozent. Die erforderlichen Bestellungen wurden mittels 7.314 Bestellscheine getätigt, wobei im Zusammenhang mit der Vergabe dieser Aufträge insgesamt 1.212 Ausschreibungen durchzuführen waren.

Wasch- und Reinigungsmittel	Schilling
Streusalz	7,308.126
Chemikalien und chemische Produkte	23,581.592
Eisen- und Haushaltsartikel	8,192.100
Geschirr aller Art, Küchengeräte	8,612.380
Glühlampen und Leuchtstofflampen	5,706.360
Elektrowaren	8,841.976
	1,922.913

	Schilling
Gummiwaren	1,933.700
Holzwaren	1,673.810
Bürsten, Besenwaren, Pinsel, Reinigungstücher und Reinigungsmaterialien	5,824.091
Maschinen und Werkzeug	9,952.771
Waagen	645.431
Spielwaren, Beschäftigungsmaterial	4,033.641
Feuerlöscher, Ankauf und Reparaturen	2,936.397
Reinigungsarbeiten	38,287.447
Transporte	5,656.061
Kunststoffartikel	3,155.502
Schaumstoffe und Matratzen	1,433.639
Diverse Waren	1,943.981

Eine einheitliche Preissteigerung bei einzelnen Artikelgruppen konnte nicht registriert werden. So erhöhten sich die Preise für Leitern aller Art (Holz, Aluminium) und diverse Glaswaren um 4 Prozent, jene für Eisen- und Stahlwaren, Haushalts- und Elektrogeräte, Holzwaren, Besen, Pinsel, Streusalz, Maschinen und Werkzeug, Emailgeschirr und Kunststoffbehälter um 5 Prozent. Im Bereich einer Preissteigerung von 6 bis 8 Prozent lagen die Artikelgruppen Spielwaren, Chemikalien, Reinigungsmaterialien (Tücher, Topfreiniger usw.), Batterien, Porzellangeschirr sowie Geschirr aller Art (Aluminium, Chromnickelstahl, verzinktes Geschirr), aber auch die Tarife für Autobusse, Speditionen und Lkw-Verkehr (Güterverkehr). Die Preise für Glühlampen, Gummiwaren, Öle und Fette, Kunststoffe (Schaumstoffe) erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um 10 Prozent. Eine höhere Preissteigerung war hingegen bei einzelnen Leuchtstofflampen zu beobachten, die sich je nach Type und Farbe bis zu 25 Prozent verteuerten.

Die Entsorgungsbetriebe Simmering Ges. mbH (EBS), ehemals ein Holdingbetrieb der Gemeinde Wien, sind der MA 30 zugeteilt worden. Im Rahmen der Beschaffungskompetenz ist nun die Abteilung für die Versorgung mit den erforderlichen Geräten und Verbrauchsgütern zuständig. Seitens der Warengruppe 3 wurden für die EBS bereits Maschinen, Werkzeuge sowie diverse Chemikalien eingekauft.

Auf Grund der stetig steigenden Energiepreise einerseits und des verstärkten Energiebewußtseins andererseits zeichnete sich im abgelaufenen Jahr der Trend zum Einsatz energiesparender Lampen in größerem Umfang ab. Diese Lampen erzielen trotz geringeren Stromverbrauches den gleichen Leuchteffekt wie die bisher verwendeten herkömmlichen Lampen. Als Beispiel dafür darf eine Sparlampe mit 18 Watt und der Leuchtkraft einer 75-Watt-Lampe angeführt werden. Es wurde errechnet, daß sich der höhere Anschaffungspreis in Kürze amortisiert.

Von dem im Jahre 1981 gekauften 1,031.994 kg P a p i e r im Wert von 17,455.250 S entfielen auf Schreib- und Kanzleipapier 694.079 kg, auf Druckpapier 18.034 kg, auf Kartone 39.935 kg, auf Deckel 4.556 kg und auf Toilettapapier 275.390 kg. Für die Herstellung von Schulheften wurde ein Betrag von 904.680 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte Papierpreiserhöhungen, die, unterschiedlich für die einzelnen Papierarten, im Mai 4 bis 7 Prozent, im Oktober 2 bis 6 Prozent betragen.

Für diverse Bürobedarfsartikel, wie z. B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Farbtücher, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummi, Briefordner, Papiersäcke- und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumstampiglien, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw., wurden 13,994.650 S aufgewendet. In dieser Warenkategorie stiegen die Preise im Herbst zwischen 10 und 15 Prozent.

18.889 B ü c h e r, Broschüren, Normen und Lehrbelfe, Setzkästen, Spiele, Notenhefte, Arbeitsblätter, Spruchwandtafeln, Elektronikbaukästen, IBM-Literatur, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter wurden für einen Betrag von 3,229.515 S angekauft. Die Ausgaben für 11.114 Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbüchern, Amtskalendern usw. betragen 4,306.045 S. Für den „Aufbau“, insgesamt 4.270 Stück, wurden 1,082.000 S aufgewendet. Die Preise für Bücher sind ab 1. Juli um 5 Prozent, für Broschüren ab 15. Mai um 5,5 Prozent und für Zeitungen und Zeitschriften ab 1. April um 5,6 Prozent erhöht worden. Für Plastikwaren, wie Kunststoffsäcke, Kunststoffbecher, Einweggeschirr, Tragtaschen und Folien, wurden 1,021.611 S benötigt. Für den Ankauf von Büromaschinen zuzüglich Zubehör und EDV-Zubehör wurde ein Betrag von 9,190.251 S aufgewendet. So wurden 93 mechanische und 113 elektrische Schreibmaschinen, 45 Kugelschreibmaschinen, 1 Typenradschreibmaschine, 7 Schreibautomaten, 318 Rechenmaschinen, 95 Diktiergeräte, 1 elektrischer Papier- bzw. Perforierstempel, 3 Schneidemaschinen, 19 Schriftpräger, 10 Vervielfältigungsmaschinen, 1 Kopiergerät und 1 Aktenvernichter beschafft. Die Ausgaben für Reparaturen und Wartungen für alle beim Magistrat befindlichen Büromaschinen beliefen sich auf 4,120.065 S. Die Preise wurden gegenüber dem Vorjahr im Jänner um 10 Prozent erhöht. Das Kopiervolumen betrug rund 10 Millionen Kopien und wurde für einen Gesamtbetrag von 3,516.011 S erstellt. Die Kopienpreise blieben auf Grund der bestehenden Verträge unverändert.

Von der Abteilung wurden 3.158 Druckaufträge vergeben, davon 2.031 Aufträge an das Gewerbe und 1.127 Aufträge an die MA 20, der im Zuge der Vereinheitlichung des Druckereiwesens beim Magistrat ab 1. Jänner die Führung des Druckereibetriebes mit Standort in 3, Am Modenapark 1—2, übertragen wurde. Für die Druckerei wurde ein Betrag von 47.505.820 S aufgewendet. Die Preise sind am 1. April unterschiedlich zwischen 4,5 und 9 Prozent erhöht worden. Für Stampiglien, Siegel und Numeratoren sind 4.256 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von 375.104 S vergeben worden. Ab 15. Februar trat eine Erhöhung von 10 Prozent ein.

Von den 936 Buchbinderaufträgen wurden 314 an die MA 20 und 622 an das Gewerbe vergeben, letztere zu einem Gesamtbetrag von 4.610.899 S. Von den 5.152 Vervielfältigungsaufträgen sind nur 6 an das Gewerbe vergeben worden, und zwar zu einem Betrag von 133.274 S. Die Buchbinderpreise sind am 1. April um 4 bis 6 Prozent gestiegen.

Im Jahre 1981 konnte die Versorgung der städtischen Dienststellen mit festen und flüssigen **B r e n n s t o f f e n** wieder sichergestellt werden. Durch den vom Zentralen Einkauf getätigten Direkteinkauf bei den Mineralölfirmen gab es keine Engpässe bezüglich der Versorgung der Dienststellen. Auch auf dem Sektor der festen Brennstoffe kam die Polenkrise durch rechtzeitige Vorausbestellungen nicht zum Tragen. Wesentlich stärker spürbar waren die Preiserhöhungen für alle Brennstoffarten, einerseits durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 auf 13 Prozent, andererseits durch steigende Einstandspreise. Durch die lange Schönwetterperiode von April bis Ende Oktober war bei den einzelnen Verbrauchsstellen gegenüber dem Vorjahr ein um 7 bis 12 Prozent geringerer Verbrauch an Brennstoffen festzustellen. Da die Versorgung der Entsorgungsbetriebe Simmering mit flüssigen Brennstoffen, und zwar mit 8.660 Tonnen Heizöl schwer und 194.000 Litern Ofenheizöl, von der Abteilung übernommen wurde, war trotz der milden Jahreszeit die Gesamtzufuhr bei den flüssigen Brennstoffen steigend. Bei den festen Brennstoffen ging die Gesamtausfuhr durch weitere Umstellung diverser Heizanlagen auf Gas und Fernwärme weiter zurück. An Brennstoffmengen wurden 1.181.706 Liter Ofenheizöl, 54.805 Tonnen Heizöl schwer, mittel, leicht und STI ausgeliefert, ferner 6.156 Tonnen Hüttenkoks, 195 Tonnen Inlandsbraunkohle, 261 Tonnen Rekord-Briketts, 172 Tonnen polnische Steinkohle sowie 69 Tonnen Brennholz, 28 Tonnen Unterzünder, 20 Tonnen Sägespäne und 6 Tonnen Schmiedekohle. Der Aufwand betrug hierfür rund 274.912.000 S. Für Wärmelieferungen von den Fernheizwerken Spittelau und Kagran an diverse Amtsstellen wurden rund 15 Millionen Schilling an die Heizbetriebe Wien Ges. mbH bezahlt.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten mit **E i n r i c h t u n g s g e g e n s t ä n d e n** in einzelnen Dienststellen sowie in Krankenanstalten und Pflegeheimen wurden fortgesetzt. Nach baulichen Renovierungen wurden Bezirksvorstehungen, Wohnungsberatungszentren und Büchereien mit entsprechendem Mobiliar versorgt, wobei die Beratung für die optimale Raumnützung unter Beachtung der wirtschaftlichen Aspekte oft das Hauptproblem war. Auf die Erneuerung des Mobiliars in den Kindertagesheimen wurde gleichfalls Bedacht genommen, außerdem waren die Kindertagesheime in 4, Mühlgasse 23—25, 15, Weiglasse 5—11, und 16, Ottakringer Straße 202, neu einzurichten. Reparaturen fielen ebenfalls wieder in großer Menge an und wurden fast ausschließlich von der Tischlerei der Abteilung erledigt. In den gleichfalls zum Jugendamt gehörenden Mutterberatungsstellen und Bezirksjugendämtern wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Besondere Schwierigkeiten brachte die Ausstattung der Heime für Kinder und Jugendliche mit sich, da die verantwortlichen Psychologen immer mehr Wert auf familiengerechte Möbel in den Gruppenräumen legen. Für das Sozialamt war das Objekt in 14, Sophienstraße 11, unter denselben Gesichtspunkten einzurichten. Außerdem wurde das Inventar zahlreicher Pensionistenklubs überholt oder erneuert. In den Objekten des Gesundheitsamtes waren viele Reparaturarbeiten durchzuführen, die von den Werkstätten der Abteilung vorgenommen wurden. Die Neuausstattung des Referates „Körperbehindertenbetreuung“ und eines Labors der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt stand ebenfalls auf dem Programm. Im Bereich der MA 17 mußten zahlreiche Verwaltungsräume neu eingerichtet bzw. erweitert werden. Das eben fertiggestellte Personalwohnhaus mit 205 Wohneinheiten im Bereich des Wilhelminenspitals war auszustatten, ferner wurden in den vorhandenen Wohnhäusern des Krankenhauses Lainz und der Rudolfstiftung weitere Zimmer möbliert und Tagräume adaptiert. Im Allgemeinen Krankenhaus war die Pathologie, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgarten eine Drogenstation und im Bereich des Anstaltenamtes die Verrechnungsstelle für Pflegegebühren völlig neu einzurichten. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurden Schrankwände, Sitzmöbel und Therapiegeräte für das Pflegeheim, Büromöbel und Schubregalanlagen für die Verwaltung benötigt. Die Belieferung des Wilhelminenspitals, des Pulmologischen Zentrums und des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgarten sowie der Pflegeheime Lainz, Baumgarten und Liesing mit Schrankwänden, um Pfleglingszimmer unterzuteilen, ist ebenfalls zu erwähnen.

In Zusammenarbeit mit der MA 24 waren auf Grund des Postgesetzes Hausbrieffachanlagen im Werte von 338.320 S anzuschaffen und zu montieren. Für die MA 30 mußte die Einrichtung für die Betriebsgebäude der Entsorgungsbetriebe Simmering bestellt werden. Über Auftrag der MA 31 wurde das Wasserleitungsmuseum Wildalpen mit adäquater Ausstattung versorgt. Technische Abteilungen, wie z. B. die MA 29, 32, 34 und 46, erhielten zusätzlich Personal und Räumlichkeiten oder grundeten neue Gruppen, für deren Ausstattung zu sor-

gen war. Gleichzeitig wurden im Amtshaus in 1, Ebendorferstraße 2, das 1982 von einigen Magistratsdienststellen bezogen wird, sämtliche Schrankwände adaptiert, um Platz für Feuerschutzwände zu schaffen.

Durch die Vergrößerung der MA 39 waren weitere Laboreinrichtungen im Wert von 3 Millionen Schilling auszuschreiben und zu vergeben. Für die MA 24, 27, 42 und 52 wurden etwa 660 Gartenbänke gekauft, gleichzeitig mußten zahlreiche Bänke repariert werden. Der teilweise Austausch und die Erneuerung von veralteten Einrichtungen in den Dienststellen der Straßenreinigung konnten ebenfalls im Jahre 1981 abgeschlossen werden. Hervorzuheben wäre auch das Wohnungsberatungszentrum in 1, Rathausstraße 4, das auf Grund des starken Parteienverkehrs eingerichtet werden mußte. Gleichzeitig erhält es ein neues Karteisystem, einheitlich für die Zentrale und sämtliche Außenstellen, wobei die Umstellung innerhalb von drei Jahren zu erfolgen hat. Die in den Vorjahren begonnene Modernisierung und Erneuerung der Kucheneinrichtungen in den Feuerwachen der Stadt Wien wurde fortgesetzt.

Die neu errichteten und renovierten Schulen wurden in Zusammenarbeit mit der MA 56 mit dem notwendigen Mobiliar unter besonderer Bedachtnahme auf die Önorm A 1650, die körpergerechte Schulmöbel empfiehlt, versorgt. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in der Höhe von 10,655.965 S vergeben. Ferner waren auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel auszuschreiben und nach Begutachtung durch Fachinspektoren des Stadtschulrates anzuschaffen.

Anlässlich der Volksbefragungen war ein Teil der Wahllokale mit Tischen, Sesseln, Wahlzellen und Wahlurnen zu versorgen. Ferner mußten der Austausch und die Nachschaffung beschädigter Wahlgeräte veranlaßt werden.

Die Preiserhöhungen hielten sich in dem Rahmen, der von der Paritätischen Kommission vorgesehen war: So stiegen Holzmöbel um rund 6,5, Metallmöbel um rund 3 Prozent. Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden (ohne Schulbedarf) 69,173.863 S ausgegeben. Dazu kommt der Aufwand für die in den Werkstätten der Abteilung reparierten Gegenstände in der Höhe von 6,085.952 S. Auf die Neuanschaffung von Schulmöbeln, Lehr- und Lernmitteln entfielen 30,286.325 S, auf die Reparaturen von Schulmöbeln und Lehrmitteln 10,655.965 S. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug 3,995.451 S.

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit **B a u s t o f f e n** aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. So wurden Baumaterialien mit einem Gesamtgewicht von 885.396 Tonnen beschafft, wofür 292,567.483 S erforderlich waren. Insgesamt wurden 14.849 Rechnungen erledigt. Die angeschafften Materialmengen setzten sich wie folgt zusammen:

	Tonnen
Kalk, Sand, Stahl, Steinzeug, Beton- und Eisenwaren	123.649
Zement, Ziegel, Granitmaterial, chemische Produkte, Holzwaren	761.746

Nach Bedarfsstellen gegliedert, entfielen hievon auf:

	Tonnen	Schilling
Nutzbauten	865,91	9,312.430
Wohnhausbauten	39.206,01	74,069.674
Kultur-, Schul- und Sportwesen	650,17	10,104.993
Straßenbau	162.629,32	37,938.390
Brückenbau	1.422,41	614.148
Kanalisation	33.335,51	12,316.776
Wasserwerke	156.132,59	17,515.700
Stadtreinigung und Fuhrpark	58.604,28	8,207.001
Wasserbau	337.960,29	59,307.308
Sonstige Abteilungen	26.618,80	22,675.279
Wiener Stadtwerke	676,26	1,843.934
Sonstige Unternehmungen	67.304,49	38,661.850

Preiserhöhungen, die durch die Paritätische Kommission genehmigt wurden, mußten den Firmen zugestanden werden. Bei Torstahl wurden für die Eigenlager temporäre Nachlässe genützt.

Von den sieben Be- und Entladearbeiten des **L a g e r p l a t z e s** wurden 3.789 Tonnen Natursteinmaterial umgeschlagen, deren Hauptabnehmer die MA 28 war. Das gelieferte Material wurde auf Qualität und Ausschreibung hin überprüft und entsprechend befunden. Mit Rücksicht auf den U-Bahn-Bau mußten rund 14.000 m² Fläche vom Steinlagerplatz abgegeben werden. Durch Umlagerungen wurde es ermöglicht, daß auf der noch verbleibenden Restfläche mit dem Betriebsgebäude der Betrieb aufrechterhalten werden kann.

Die Städtische Bäckerei beliefert die Krankenanstalten, Pflegeheime und Jugendheime sowie einige Pensionistenheime mit Brot und Gebäck. Im Jahre 1981 wurden insgesamt 12,245.800 Stück Backwaren, das sind 1,487.058 kg, erzeugt, und zwar an Schwarz- und Weißbrot 926.390 kg, an Gebäck, schwarz und weiß, 406.813 kg sowie 153.855 kg Milchgebäck. Ab Mitte September wurden zusätzlich einige Städtische Krankenanstalten und Schwesternschulen mit Backwaren beliefert. Daher stieg 1981 die erzeugte Menge etwas an, und zwar um 13.200 kg. Der Zuwachs entfällt hauptsächlich auf Mischbrot und Schwarzgebäck. Die Anzahl der Gebäckstücke stieg um 235.000. Auf Grund der Mehlpriiserhöhung vom 31. Juli um 4,3 bis 7,8 Prozent und der ab 17. August wirksam gewordenen Lohnerhöhung in der Backwarenindustrie wurden die Backwarenpreise neu kalkuliert, die mit 1. September in Kraft getreten sind.

In der städtischen Bäckerei wurden diverse Malerarbeiten in der Tafel- und Ofenhalle und im Gärraum durchgeführt. Im Laufe des Jahres wurden vier Mehlsilos umgebaut, und zwar wurde die alte Mehlmischanlage demontiert und der Einbau neuer Mehlabwurfschächte vorgenommen. Außerdem mußten sechs Mehlsilos neu lackiert werden. Für die Spiralkneter SP 120 in der Mischhalle wurden zwei Teigschalen angeschafft. Das Zubehör zur Blechputzmaschine mußte ebenfalls erneuert werden. Beim Netzbandofen I war der Austausch eines bereits 22 Jahre in Betrieb befindlichen Netzbandes notwendig geworden. Mit der Anschaffung von acht Transportwagen aus Chromnickelstahl sind die weitere Rationalisierung und Modernisierung des Betriebes fortgesetzt worden. Dies kommt auch in der Aufstellung einer Heißlufttrockenkammer zum Trocknen von Gebäck und Knödelbrot zum Ausdruck. An Rohmaterialien wurden unter anderem 638.976 kg Mehl W 700, 211.964 kg Mehl R 960, 94.284 kg Mehl W 1600, 28.422 kg Hefe, 12.325 kg HTM-Mehl, ferner 19.300 kg Speisesalz und 12.234 kg Back-Aroma-Sauer verbraucht.

Der Austausch schadhafter Straßenbeläge im Zentrallager bildete den Abschluß zu den im Jahre 1979 begonnenen Arbeiten, basierend auf einem Kanalerneuerungskonzept. In weiterer Folge wurde das Flugdach für die Verladetätigkeiten des Wirtschafts- bzw. Papierlagers generalsaniert, zusätzlich die Einfahrt in den Lagerbereich durch eine elektrische Schrankenanlage abgesichert. Die im Lagerbereich vorhandenen Grünflächen wurden gärtnerisch neu gestaltet. Die Neuorganisation des Möbellagers sowie des Depots für Kindergartenmöbel war mit dem Ankauf einer Palettenregalanlage nebst elektrischem Gabelstapler der erste Schritt in einem Gesamtplan für rationellere Lagerhaltung. Neben der Schaffung leichterer Manipulationsmöglichkeiten innerhalb der Lager wurden zusätzlich noch freie Lagerräume hergestellt. Die Anschaffung diverser Transporthilfsmittel, wie Faßrodel, Plattformwagen, Möbelhunde, ist als Begleitmaßnahme in den anderen Lagern anzusehen.

Der Verkauf von skartiertem Altmaterial wurde neu geregelt und findet jetzt werktags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr statt.

Durch den zusätzlichen Einsatz eines kleineren Transportfahrzeuges wurde die Möglichkeit geschaffen, kleinere Mengen von dringend benötigten Artikeln kurzfristig zuzustellen. Der Ankauf einer Hochleistungsmetallkreissäge erleichtert in der Schlosserei die Herstellung von Kleinserien. Weitere Maschinen, wie Handbohr-, Schraub- und Handschleifmaschinen, sowie ein Winkelschleifer runden die Maßnahmen für die Modernisierung des Maschinenparks ab.

Einem lang gehegten Wunsch der Bediensteten des Werkstättenbetriebes konnte durch den Einbau von Duschgelegenheiten entsprochen werden.